ECHO der Vielfalt

Zeitung für den interkulturellen Dialog — Nr. 1, 2023

AUS DEM INHALT

Gespräch mit Polizeipräsident Gregor Lange
Seite 4

Zum 30. Jahrestags des rassistischen Brandanschlages
Seite 7

Ein Fest der Vielfalt, Nachhaltigkeit und Kreativität
Seite 10

Bitterböse Komödie: „Der Gott des Gemetzels"
Seite 11

Würdevolle Arbeit für alle. Guter Lohn inbegriffen.

Viele Menschen in Deutschland streiken in diesen Wochen und gehen für Löhne und Gehälter auf die Straße, die auch angesichts einer hohen Inflation ein ordentliches Leben möglich machen.

Arm trotz Arbeit, die oft genug kaputtmacht

Dass das Geld oft nicht reicht und dies oft auch dann, wenn man eine Arbeitsstelle hat, zeigen die wachsende Zahl der Armutsgefährdeten und die langen Schlangen bei den Tafeln. Jenen, die streiken, und vielen anderen geht es nicht „nur" um einen guten Lohn und eine gute Arbeit, sondern es geht auch um Respekt und Wertschätzung. „Jeder Fünfte verdient trotz Vollzeit weniger als 2.500 Euro monatlich", titelt die Wochenzeitung DIE ZEIT am 1.3.2023 unter Berufung auf Zahlen aus dem Bundesarbeitsministerium.
Die Corona-Krise hat den Blick für viele Arbeitsbereiche geschärft, die bisher eher wenig Aufmerksamkeit fanden: die Arbeit im Einzelhandel, z.B., in der Pflege, z.B. oder auch in der Fleischindustrie, z.B. Sichtbar wurden: schlechte und belastende Arbeitsbedingungen, enormer Zeitdruck, gesundheitliche Gefährdungen, Überstunden. Gerade hier sind viele Menschen beschäftigt, die aus Familien mit Einwanderungsgeschichte kommen oder selbst eingewandert sind.

Kein Bock auf Arbeit?

Es wäre also nachvollziehbar, wenn Menschen, die unter solchen Bedingungen und bei unzureichender Bezahlung tätig sind, „keinen Bock" haben und eine Jobmentalität entwickeln. Das jedenfalls unterstellt Arbeitgeberpräsident Steffen Kampeter nach einem Bericht des ZDF vom 25.2.2023 den Arbeitenden: „Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit". Aber alles, was wir aus Studien und aus eigener Erfahrung wissen, spricht eine andere Sprache: auch dort sind in großer Mehrheit Menschen anzutreffen, die ihren Ehrgeiz darin legen, ihre Arbeit gut zu machen, denen die Zusammenarbeit mit den Kolleg*innen wichtig ist, und für die „zur Arbeit gehen" ein unverzichtbarer und gewünschter Teil ihres Lebens ist, vor allem auch, weil Arbeit für das eigene Leben mehr Wert hat als „nur" der Lohn oder das Gehalt; Arbeit ist immer auch soziale Teilhabe.

„Mühe und Arbeit war Dein Leben": das kann nicht alles sein

Deswegen geht es bei jedem Kampf um Löhne oder Arbeitszeiten oder auch beim Renteneintrittsalter und ihrer Berechnung – wie in Frankreich – immer um mehr: nämlich um würdevolle Arbeit für alle. Von fehlender „Arbeitsmoral", wie der Arbeitgeberpräsident letztlich beklagt hat, keine Spur. Wohl aber haben Arbeits- und Leistungsdruck und auch die realen Arbeitszeiten in den letzten Jahren ständig zugenommen und viele Menschen, die Vollzeit tätig sind oder – wegen niedriger Löhne – sogar noch in einem weiteren Job, haben das dringende Bedürfnis, weniger zu arbeiten, so eine Ergebnisse einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes (berichtet in „Capital" vom 20.1.2023).
Fast schon vergessen die Zeit, in der es z.B. mit dem Slogan „Acht Stunden sind kein Tag" darum ging, Arbeitszeit und Arbeitslast so zu begrenzen, dass noch Raum und Kraft für ein Leben außerhalb der Arbeit bleibt. Ende der Arbeitsgesellschaft? Keine Rede mehr davon: Heute wieder sind sehr viele Menschen arbeitsgetrieben und stets unter Druck.

Parolen gegen die Schwächsten

Nur vor diesem Hintergrund gelingt es AfD wie CSU, gegen jene, die auf ein ausreichendes Bürgergeld heute ebenso angewiesen sind wie vorher auf Hartz-IV, Stimmung zu machen. Der „Lohnabstand" sei nicht groß genug; er motiviere nicht zur Arbeit. Während die CSU ihre Kampagne gegen die ursprüngliche Vorlage des Bürgergelds unter das Motto stellte „Leistung muss sich lohnen" und es für einen „ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitnehmer in Deutschland, die jeden morgen früh aufstehen und unser Land am Laufen halten" hielt, sagt die AfD klipp und klar, wen sie meint: „Auch Du schuftest für 1,8 Mio arbeitslose Migranten".

Fortsetzung auf Seite 2

DORTBUNT.city

Stadtfest mit neun Bühnen und breitem Programm

Am Samstag und Sonntag, 6. und 7. Mai 2023, präsentiert sich unsere Stadt erneut bunt und facettenreich.

Sehen und hören, ausprobieren und mitmachen, staunen und lernen, sich austauschen und Spaß haben – und dabei einfach Dortmund erleben: Am ersten Mai-Wochenende wird auf neun Bühnen sowie vielen Plätzen und Straßen zwischen Fußballmuseum und Stadtgarten sowie Dortmunder U und dem Park am Baukunstarchiv einiges geboten.
Einer der zahlreichen Höhepunkte: Die Popsängerin Leony wird am Samstag ab 20:30 Uhr auf der Bühne von Radio 91.2 auf dem Friedensplatz für Stimmung sorgen. Mit ihren Singles „Faded Love" und „Remedy" führte sie jeweils acht Wochen lang die Deutschen Airplaycharts an.

Klassiker und ausgefallene Attraktionen
Das Musik-Programm reicht von Klassik und Chorgesang über Jazz, Rock und Pop bis zu Indie und Hip-Hop. So werden u.a. die Musikschule DORTMUND MUSIK, das Vokalmusikzentrum NRW, die Big Band „Hava nice day", der Chor „Vocal Crew", der Musikzug der Dortmunder Feuerwehr, Herwarth Böhmer und Band, WESTERMANN, die Coldplay-Tribute-Band GOLDPLAY.live, Finn&Jonas, NiMa Lindner & Band, IUMA, Jaimi Faulkner, TØBY RØMEØ, DJ Rich Boggie, DJ Marshall Artz, DJ Schänz und Max Gyver für die richtigen Klänge sorgen.

Fortsetzung auf Seite 9

Editorial

VMDO
Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben in der letzten Zeit viele Streiks erlebt und die Gewerkschaften haben Forderungen gestellt, die in früheren Zeiten als völlig absurd betitelt worden wären aber aktuell absolut berechtigt sind.
Die steigenden Preise von Lebensmitteln und der Mangel an qualifizierten Fachkräften sind zwei Themen, die in den letzten Monaten immer wieder in den Schlagzeilen auftauchen. Die Preisinflation bei Lebensmitteln ist ein Phänomen, das uns alle betrifft. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Eier und Fleisch sind in den letzten Monaten enorm gestiegen, was vor allem die Menschen mit niedrigem Einkommen sehr hart trifft. Dazu kommen noch die stark gestiegenen Energiepreise, die Geringverdiener und Bürgergeldempfänger verzweifeln lässt. Hier müssen schnelle Lösungen gefunden werden, die Zeit drängt. Insofern sind die Forderungen der Gewerkschaften erst der Anfang.
Im Hinblick auf den Fachkräftemangel müssen Unternehmen ihre Löhne und Arbeitsbedingungen stark verbessern, um Mitarbeiter zu halten und zu gewinnen. Auch hier steht eine "Zeitenwende" an.
Mit diesem Thema beschäftigt sich auch unser Titelbeitrag.
Es ist aber auch wichtig, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit als Gesellschaft angehen und nicht nur als individuelle Verantwortung betrachten. Wir müssen uns bewusst sein, dass diese Probleme Auswirkungen auf uns alle haben und dass wir als Gemeinschaft Lösungen finden müssen, um sie zu bewältigen.
Wir leben hier in Dortmund in einer Stadt, in der die Gemeinschaft immer großgeschrieben wurde. Über 180 Nationen sind hier zuhause, wir sind bunt und vielfältig in einer großen Gemeinschaft. Das spiegelt sich in allen Bereichen der Stadt wider. Auch bei der Polizei. Sie möchte den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in ihren Reihen erhöhen, in der oft kritisierten Wache in der Nordstadt liegt der Anteil von Beamt*innen mit Migrationshintergrund immerhin schon über 20 Prozent. Über die Probleme und Lösungen bei der Dortmunder Polizei haben wir ein Gespräch mit Polizeipräsident Gregor Lange geführt, es lohnt sich zu lesen (Seite 5).
Last not least: Am ersten Maiwochenende feiern wir wieder das Stadtfest DORTBUNT, ein buntes, lautes und sehr vielfältiges Programm wartet auf die Besucher*innen. Gehen Sie hin, feiern Sie mit.

Und bleiben Sie zuversichtlich.

IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.
(Mitglied im Paritätischen)

DER PARITÄTISCHE

„ECHO“ wird unterstützt von:
Kommunales Integrationszentrum Dortmund

Zur Vielfalt 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166

eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben Vorstand des VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,
Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt

Layout, Design: J.A.

Anzeigenservice:
Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000
Druck: Lensing Druck, Dortmund

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Würdevolle Arbeit für alle. Guter Lohn inbegriffen

Fortsetzung von Seite 1

Abgesehen einmal davon, dass der Abstand zwischen einem niedrigen Einkommen aus Beschäftigung und allen möglichen Transferzahlungen zusammengenommen im Regelfall immer noch beträchtlich ist, liegt der Skandal nicht bei dem angeblich zu hohen Bürgergeld, das aber für ein würdevolles Leben immer noch zu niedrig sind, sondern in den zu niedrigen Löhnen und Gehältern. Vor diesem Hintergrund richtet sich die Aussage „Arbeit muss sich lohnen“ gegen jene in der Gesellschaft, die am Schwächsten sind, und wird auf diese Weise zu einer rechten Kampfparole.

Arbeitslosigkeit ist keine „soziale Hängematte“. Im Gegenteil

Wie wenig das diskriminierende Gerede von der „sozialen Hängematte“, die angeblich auch Geflüchtete anziehe wie der Speck die Made, mit der Realität übereinstimmt, zeigen nicht nur die Berichte Betroffener, sondern belehrt auch ein Blick in die Statistik. Die Arbeitslosenquote ist auch Anfang 2023 mit 5,7 Prozent relativ niedrig; knapp 40 Prozent der der gut 2,5 Millionen Arbeitslose gelten als Langzeitarbeitslose, sind also mehr als ein Jahr arbeitslos. Für die große Mehrheit der Arbeitslosen gilt, dass die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit sich eher in Wochen oder wenigen Monaten, also relativ kurz bemisst.

Nicht das Bürger*innen-Geld ist der Skandal, sondern die Langzeitarbeitslosigkeit

Denn der Arbeitsmarkt ist dynamisch und die Arbeitskräftenachfrage hoch und deshalb gibt es viele Austauschbeziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt. Das heißt aber auch: eine Arbeitswelt, die wie jetzt im Umbruch ist, birgt für jeden und jede das Risiko in sich, auch einmal oder mehrmals im Arbeitsleben arbeitslos zu werden. Es ist zu hoffen, dass diese dann kurz ist und finanziell nicht zu einem Einbruch führt.
Diese Zweiteilung bei den von Arbeitslosigkeit Betroffenen - also in jene, die rasch erstmals oder erneut Beschäftigung finden und jene, die für längere oder lange Zeit arbeitslos sind- ist ein Merkmal des deutschen Arbeitsmarkts. Neben Geringverdienst bleibt also auch Langzeitarbeitslosigkeit eine der sozialen Skandale dieser Gesellschaft. Insbesondere ältere Menschen und Geringqualifizierte haben ein vergleichsweise hohes Risiko, langzeitarbeitslos zu sein. Häufig stellt auch die Betreuung von Kleinkindern unter 3 Jahren die Betroffenen vor große Herausforderungen, die Langzeitarbeitslosigkeit zu beenden.

Würdevolle Arbeit für alle. Guter Lohn inbegriffen

Jedenfalls bei der großen Mehrheit dieser drei Gruppen ist es schwer vorstellbar, dass sie Befriedigung und eine Art von Befreiung – auf Kosten der Arbeitenden, wie immer behauptet wird - darin finden, arbeitslos zu sein. Hinzukommt jene Gruppe von Personen, die aufgrund von dauerhaften Erkrankungen nur schwer oder gar nicht in den Arbeitsmarkt zurückfinden.
In allen diesen Fällen bleibt eher die Frage, wie eine Arbeitswelt, die auf einen enormen Fachkräftemangel zuläuft, so flexibel sich öffnet, dass auch diese Personen eine Beschäftigungsperspektive haben, die trägt. Also auch für sie, wie für alle gilt: Würdevolle Arbeit für alle. Guter Lohn inbegriffen.

WK

Obdachlosigkeit in Dortmund - Zahlen und Fakten

Anzahl der wohnungslosen Menschen

Zu der Anzahl der wohnungslosen Menschen gibt es nur Schätzungen. Wir gehen von 500 bis 600 Menschen aus. Zu der stark schwankenden Anzahl der Menschen, die im Bereich des Hauptbahnhofes oder in der Innenstadt übernachten, gibt es ebenfalls keine exakten Angaben, da es hier eine große Fluktuation gibt. Wir gehen insgesamt von 30 bis 40 Menschen aus.

Unterstützungs- und Hilfeangebote

In Dortmund gibt es ein ausdifferenziertes System an Unterstützung und Hilfe für diese Menschen. Alle diese Instrumente sind darauf ausgerichtet, die Menschen von der Straße zu holen.
Dortmund verfügt über ausreichende Kapazitäten, um obdachlose Menschen unterzubringen.
Alle Menschen, die eine unfreiwillige Obdachlosigkeit für die Nacht und fehlende Selbsthilfemöglichkeiten erklären, erhalten von der Stadt Dortmund ein Übernachtungsangebot.
Die Stadt stellt sicher, dass jeder Mensch, dessen Lage sich so darstellt, ein Obdach erhält. Niemand muss draußen schlafen, wenn er dringend Hilfe benötigt.
Die insgesamt breit gefächerten Ressourcen und Angebote der Stadt garantieren so, dass Menschen nicht ohne Hilfe bleiben.
Wer Hilfe benötigt, kann sich an alle bekannten Einrichtungen des Netzwerkes aus Stadt und Freien Trägern oder an die Sozialarbeiter*innen wenden.
Hinweis: Bis auf einige wenige Ausnahmen erhalten die Menschen, die in den Unterkünften übernachten, Sozialleistungen zum Lebensunterhalt.
Das bedeutet, dass die Gebühren für die "Kosten der Unterkunft" damit bereits abgedeckt sind, so dass die Menschen keinerlei "Mehrkosten" zu tragen haben, wenn sie die Angebote nutzen.
In Dortmund gibt es eine Männerübernachtungsstelle (Träger: European Homecare GmbH), eine Frauenübernachtungsstelle (Trägerin: Diakonisches Werk), die Städtische Notschlafstelle für wohnungslose junge Erwachsene gap jump (Träger: European Homecare GmbH), die Städtische Notschlafstelle für wohnungslose Drogenabhängige (Träger: Soziales Zentrum e.V.) sowie das Sleep-In Stellwerk für Jugendliche (Träger: Verbund Sozialtherapeutischer Einrichtungen NRW e.V.) Die Männerübernachtungsstelle bietet 70 Schlafplätze in Zimmern für zwei bis vier Personen. Die Übernachtungsstelle für Frauen hat 50 Schlafplätze mit Zimmern für zwei Personen. Die Notschlafstelle für junge Erwachsene bietet 20 Betten, die Notschlafstelle für Drogenabhängige bietet ebenfalls 20 Betten, für Jugendliche stehen im Sleep In zehn Betten bereit.
Zudem hat die Stadt Dortmund eigens zur Unterbringung der obdachlosen Menschen in ausreichender Anzahl Wohnungen angemietet, die sie diesen in einem festgelegten Rahmen zur Verfügung stellen kann. Diese werden über das sogenannte Wohnraumvorhalteprogramm im Sozialamt verwaltet. Von hier aus gelingt einigen Menschen auch der Sprung (zurück) auf den regulären Mietwohnungsmarkt. Im Rahmen des sozialen Managements des Sozialamtes besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass Nutzende und Vermieter*in sich über die Übernahme des Mietvertrages einigen, so dass die/der Betroffene auf diesem Wege am Ende wieder eine eigene Wohnung, ein "eigenes Zuhause" hat. Die Stadt verliert dabei eine Ressource aus dem Bestand, würde das Portfolio über Einheiten durch Neuanmietung aber auffüllen.
Ausführliche Informationen zum Thema finden sie unter: Hilfen bei (drohender) Wohnungslosigkeit - Sozialamt - Familie & Soziales - Leben in Dortmund - Stadtportal dortmund.de

Stadt Dortmund

Die Sparkasse spendete dem VMDO 10.000 Euro für die Erdbebenopfer

Foto: Sparkasse Dortmund

Tausende Menschen in der Türkei und Syrien haben geliebte Menschen sowie die eigenen vier Wände verloren. Bei dem schweren Erdbeben Anfang Februar sind ganze Stadtviertel zerstört worden. Die Sparkasse Dortmund unterstützt Betroffene mit einer Spende in Höhe von 20.000 Euro an zwei Hilfsorganisationen.

Der Verbund der sozialkulturellen Migrantenvereine Dortmund e.V. (VMDO) nutzt die 10.000 Euro-Spende, um betroffene Familien zielgerichtet zu unterstützen. „Durch die zahlreichen türkisch und arabisch stämmigen Mitglieder unserer Organisation, haben wir direkte Ansprechpartner in den Krisengebieten“, erklärt Saziye Altundal-Köse, Geschäftsführerin VMDO (Foto r.). „Mit der Spende können wir die Familien passgenau und nachhaltig beim Wiederaufbau unterstützen.“ Sie nahm gemeinsam mit Eleonora Faust(2.v.l.) vom Vorstand VMDO und Dr. Omar Al Ghawi (l.), stv. Vorstandsvorsitzender, die Spende von Dirk Schaufelberger, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Dortmund, entgegen.

ECHO

Armut bekämpfen - 10 Forderungen
Kindern eine Zukunft geben!

1. Die Kindergrundsicherung muss so schnell wie möglich umgesetzt und bis dahin durch einen substantiellen Sofortzuschlag überbrückt werden.

2. Kinderarmut ist Elternarmut. Einkommen müssen armutssicher sein. Vermögen müssen gerechter verteilt werden. Hartz IV muss abgeschafft, die Regelsätze deutlich erhöht und Sanktionen beendet werden.

3. Ein neues Bildungs- und Teilhabegesetz muss die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verbessern und ausweiten und mit einem Infrastrukturauftrag verbinden.

4. Das Bildungssystem muss ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und durchlässiger gestaltet sein, um durch frühzeitige Selektion nicht die soziale Ungleichheit zu verstärken. Es muss Anknüpfungspunkte und Raum für interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Akteuren bieten, die ebenfalls an der Persönlichkeits- und Perspektiventwicklung der Kinder mitwirken.

5. Gebühren für Kita und Offene Ganztagsbetreuung müssen abgeschafft werden. Allen Kindern und Jugendlichen ist der Zugang zu Digitaler Teilhabe zu ermöglichen.

6. Mehr Kitas müssen zu Familienzentren ausgebaut und die Mitarbeit von Sozialarbeiter innen fest verankert werden. In Stadtteilen mit hoher Armutsgefährdung muss entsprechend mehr Ressource zur Verfügung stehen. Hier müssen Angebote der familiären Gesundheitsförderung mit Aufklärung, Beratung, Sport und Lotsendiensten verstetigt und ausgebaut werden.

7. Offene Ganztagsförderung muss mit qualitativen pädagogischen Standards versehen werden, die durch personelle, räumliche und finanzielle Rahmenbedingungen gestützt werden. Offene Ganztagsschulen sollen perspektivisch zu Familiengrundschulzentren erweitert werden, um die Familien im Quartier zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit weiteren Stadtteilakteuren zu vertiefen.

8. Für die von Armut besonders betroffene Gruppe der Alleinerziehenden müssen spezifische Angebote der Beratung, Ausbildung, Arbeitsvermittlung und Alltagsunterstützung ausgebaut und weiter entwickelt werden.

9. AWO und Jugendwerk stellen das Thema soziale Ungleichheit' weiter in den Fokus und klären über gesellschaftliche Ursachen und individuelle Folgen auf. Aktiv setzen sie sich gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung armer Kinder, Jugendlicher und Erwachsener und für deren Partizipation in allen sie betreffenden Dingen ein. Ortsvereine und Begegnungsstätten können genutzt werden, um Kindern und Familien Versorgungsangebote oder Angebote der Freizeitgestaltung zu er- möglichen.

10. Jeder Einzelne kann sich für mehr Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz einsetzen. Zum Beispiel gemeinsam mit anderen bei der Arbeiterwohlfahrt.

Wie weit ist der Weg zum deutschen Pass?

Die Ampel-Koalition plant, die Voraussetzungen für Einbürgerungen zu lockern. Wer kann sich in Deutschland einbürgern lassen? Wie viele Personen tun das? Wie sieht es in anderen Ländern aus? Und hilft Einbürgerung bei der Integration?

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hat Ende November 2022 einen ersten Gesetzentwurf für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vorgelegt. Danach sollen Einbürgerungen schneller möglich werden. Wer einen deutschen Pass beantragt, soll außerdem nicht mehr seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben müssen. Bereits im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP eine solche Reform skizziert. Wenn alles gut laufe, könnten die Änderungen im Sommer 2023 in Kraft treten, kündigte Faeser an. Der Gesetzentwurf, der am 6. Januar in die Ressortabstimmung gegangen ist, sieht unter anderem folgende Änderungen vor:

- Die für die Einbürgerung erforderliche Aufenthaltsdauer in Deutschland soll von derzeit acht auf fünf Jahre verkürzt werden.
- Bei "besonderen Integrationsleistungen" soll eine Einbürgerung schon nach drei Jahren möglich sein, etwa wenn sich jemand ehrenamtlich engagiert oder besonders gute schulische, berufsqualifizierende oder berufliche Leistungen vorweisen kann.
- Mehrstaatigkeit soll künftig akzeptiert werden: Wer sich in Deutschland einbürgern lässt, muss also künftig nicht mehr die bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben. Bisher galt dies nur für einen bestimmten Personenkreis.
- Bei Menschen, die der Gastarbeitergeneration angehören, soll auf die schriftlichen Sprachnachweise auf B1-Niveau verzichtet werden. Stattdessen soll ausreichen, wenn sie sich mündlich "ohne nennenswerte Probleme im Alltagsleben" auf Deutsch verständigen können. Damit soll die Lebensleistung dieser Generation gewürdigt werden, für die es damals noch keine Sprachkurse gab. Auch die Verpflichtung zu einem Einbürgerungstest entfällt.
- Diese Erleichterungen sollen künftig generell für alle Personen gelten, die das 67. Lebensjahr vollendet haben.
- Kinder, die in Deutschland geboren werden, können automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland ist.

Cordula Eubel und Fabio Ghelli

Dringend nötig: Masterplan „Wege aus der Armut“

VMDO
Verbund der sozialkulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Dortmund gehört mit 24 Prozent Armutsgefährdeter und noch höherer Gefährdung bei Kindern und Jugendlichen bundesweit zu den negativen Spitzenreitern. Auch Migrant*innen sind besonders betroffen.

Es besteht dringender und unaufschiebbarer **Handlungsbedarf**. Dieser gilt für die Bundes- und Landesebene und für die Tarifpolitik. Aber auch für die **Kommunalpolitik**. Wir sagen: Vor Ort kann viel erreicht werden, wenn **gezielt, strategisch und gemeinsam** gehandelt wird.

Wir als VMDO fordern für Dortmund:

→ Dortmund hat mit einer vorbildlichen Sozialberichterstattung, die schwierige Sozialräume besonders in die Aufmerksamkeit rückt, eine sehr gute Datengrundlage geschaffen und dies mit einem Aktionsplan verknüpft. Aber: Sozialbericht und Aktionsplan Soziale Stadt stammen aus dem Jahr 2018. Seither hat es mit Corona-Krise, Kriegsflucht und Inflation eine dramatische Entwicklung gegeben.

Notwendig sind: eine Bilanzierung des Aktionsplans und eine Aktualisierung der wichtigsten Daten des Sozialberichts.

→ Armut hat offenbar stark zugenommen. So schlagen die Tafeln Alarm: Es gibt lange Wartelisten und nicht mehr ausreichend Spenden.

Notwendig ist: ein öffentlicher Ruck der Solidarität der Stadt Dortmund gegenüber ihren armen Bürgerinnen und Bürgern.

→ Viele Organisationen und viele Menschen sind – oftmals als freiwillige bürgerschaftlich Aktive- an der Unterstützung und Beratung von Bedürftigen beteiligt, sonst wäre die Not noch viel krasser. Darunter viele Migrant*innen-Organisationen.

Notwendig ist: die vielen und diversen Akteur*innen als Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung zu verstehen, zu unterstützen und zu fördern und als Netzwerk für Armutsprävention weiterzuentwickeln. Mit besonderem Schwerpunkt bei den besonders betroffenen Quartieren.

Hier kann sich die Idee der „Stadt der Nachbarschaften“ wirklich bewähren.

→ Dortmund ist Unterzeichnerin der **Agenda 2030 der Vereinten Nationen für einen globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung**. Das ist gut so. Ein zentrales Ziel dieser Agenda ist die weltweite Beseitigung von Armut. Beseitigung von Armut: das muss auch ein Ziel für Dortmund sein.

Notwendig ist, dass die Stadt sich ein anspruchsvolles Zwischenziel setzt, z.B. Halbierung der Armutsgefährdungsquote bis … , mit Schwerpunkten in den Quartieren…

→ Armut ist weder angeboren noch ist sie eine Schande. Sie ist die Folge sich verstärkender negativer sozialer Umstände, wie Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung mit hohen Risiken und schlechter Bezahlung, zu geringes Bürgergeld, niedrige Renten, ungünstige Wohnverhältnisse, gesundheitliche Beeinträchtigungen, fehlende KiTa-Plätze, schulische Schwierigkeiten, fehlende Ausbildung, Resignation und Depression. Frauen sind insgesamt besonders betroffen. Schon diese Aufzählung zeigt: lokal-kommunal kann viel getan werden, um Wege aus der Armut zu eröffnen und zu unterstützen.

Notwendig ist: eine integrierte kommunale Strategie, also: einen Masterplan für Wege aus der Armut. Mit wirksamer Beteiligung der wichtigen Akteure der lokalen Verantwortungsgemeinschaft, einschließlich der Migrant*innen-Organisationen.

→ Die Folgen der Corona-Krise werfen insbesondere auf das Leben von Kindern und Jugendlichen lange Schatten. Dortmund hat mit einem Aktionsplan für Teilhabe und Bildung für die Jahre 2021 und 2022 darauf geantwortet.

Notwendig ist: den Aktionsplan bilanzieren und Maßnahmen gegen Corona-Folgen verstetigen.

→ Kinderarmut ist besonders skandalös.

Notwendig ist: ein Notfallplan Kinderarmut.

In Punkt 6 ihrer Forderungen der Kampagne „Armut bekämpfen – Kindern eine Zukunft geben!“ macht die AWO vor allem auf den Ausbau der KiTas zu Familienzentren und auf die Notwendigkeit einer besseren Ressourcenausstattung für Stadtteile mit hoher Armutsgefährdung aufmerksam.

→ Vor Ort kann viel mehr getan werden. Hierzu brauchen die Kommunen gute Rahmenbedingungen von Land und Bund.

Notwendig ist die Stärkung der Wege aus der Armut dort, wo die Menschen leben.

Programme – wie das Landesprogramm NRW „Stärkungspakt NRW. Gemeinsam gegen Armut“ – müssen konsequent genutzt.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen muss konkret bei Land und Bund eingefordert werden. Nicht jeder für sich allein, sondern gemeinsam im Schulterschluss.

→ Armut darf nicht beschwiegen werden. Sich verfestigende oder wachsende Armut zeigt eine soziale Krise an. Deshalb braucht auch Dortmund den offenen, solidarischen und öffentlichen Umgang mit Armut und ihrer grundlegenden Bekämpfung.

Dortmund braucht zeitnah eine Armutskonferenz. Der 17. Oktober ist der Internationale Tag für die Beseitigung der Armut.

Das wäre ein gutes Datum.

Das MigraDo führte in einem Jahr rund 32.000 Beratungen durch

Das MigraDo - Dienstleistungszentrum Migration & Integration - am Friedensplatz feierte offiziell seinen ersten Geburtstag.
Seit der Eröffnung des von der Europäischen Union geförderten Projektes, das inzwischen auch internationale Anerkennung genießt, führte das Team an beiden Servicestellen insgesamt knapp 32.000 Beratungen durch.
Das waren knapp 20.000 Beratungen am Infopoint plus 4.100 Beratungen im MigraDo von Ukrainer*innen sowie über 6.000 Beratungen am Infopoint und rund 2.000 Beratungen im MigraDo für Menschen anderer Nationalitäten.
Die intensiv vorbereitete Eröffnung des neuen Servicecenters am 25. Februar 2022 fiel mit dem Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar zusammen. Das engagierte, damals 13-köpfige Team musste so von null auf hundert durchstarten.

v.l. Sozialdezernentin Birgit Zoerner, Silke Straubel, Leiterin des MigraDo
Foto: Stadt Dortmund/Anke Widow

Zum Team gehörten eine dreiköpfige städtische Koordinierungs- und Leitungsgruppe, drei Sozialarbeiter*innen, eine Sprachberaterin sowie zwei Empfangskräfte. Hinzu kamen rotierende Teammitglieder: ein*e Vertreter*in der Wohlfahrtsverbände sowie ein*e des Jobcenters und zwei der Bürgerdienste zur melderechtlichen Erfassung der EU-Bürger*innen.
Flexibel richtete MigraDo gleich zu Beginn des Publikumsbetriebes zusätzlich zu dem Angebot im Dienstleistungszentrum am Friedensplatz insbesondere für die aus der Ukraine geflüchteten Menschen als ersten Anlaufpunkt zur schnellen Orientierung den Infopoint in der Berswordt-Halle ein. Im Dezember wurde er auch für die Menschen anderer Nationalitäten geöffnet.
In der Folge der Flüchtlingszuwanderungen seit 2014 und der damit verbundenen neuen Herausforderungen und Aufgaben initiierte Krisenstabsleiterin und Sozialdezernentin Birgit Zoerner den Aufbau dieser neuen Organisation.
„Uns war es wichtig, einen ersten Anlaufpunkt für alle Menschen, die nach Dortmund kommen, zu schaffen. Mit dem engagierten, heute 16-köpfigen Team ist es gelungen, eine Willkommenskultur zu schaffen, die ihren Namen verdient. Die Menschen, die zu uns kommen, wissen nicht, welches Amt, welche Stelle oder welche Organisation für sie zuständig ist. Ihre Anliegen bearbeiten wir hier, soweit es möglich ist, aus einer Hand“, erläutert Sozialdezernentin Birgit Zoerner.
Alle Menschen, die in Dortmund neu ankommen, erhalten hier einen umfassenden Überblick durch individuelle Beratungen in verschiedenen Sprachen zu den für sie jeweils passenden und hilfreichen, städtischen und nichtstädtischen Dienstleistungen.
Das MigraDo-Team besteht aus Expert*innen verschiedener Fachbereiche der Stadt, der Träger der freien Wohlfahrtspflege und des Jobcenters.
Das MigraDo hilft auch dabei, aus dem schwer überschaubaren Angebot an Sprachkursen unterschiedlicher Träger die jeweils passenden herauszufinden. Als offensichtlich wurde, dass Sprachkurse für Kinder fehlten, stellte das MigraDo selbst ein Angebot auf die Beine.
„Das Möglichmachen ist ein Leitgedanke unseres MigraDo“, sagt die Silke Straubel. Sie ergänzt: „Viele Teammitglieder sprechen die verschiedenen Herkunftssprachen. Für weitere Fremdsprachen schalten wir Video-Dolmetscher*innen hinzu. Ein digitales Self-Service-Center soll zukünftig den Menschen ermöglichen, sich einen eigenen Zugang zu Merkblättern, Formularen und Videos zu verschaffen. Die Planungen hierfür laufen bereits. Gibt es Konkretes, so werden wir darüber informieren.“
Auf dortmund.de finden Interessierte unter dem Stichwort MigraDO ein Informationsvideo in vielen Sprachen.

Stadt Dortmund

Fünf Jahre „lokal willkommen“ in Hörde/Hombruch

Der Standort Hörde/Hombruch des Dortmunder Integrationsnetzwerks „lokal willkommen“ feierte seinen fünften Geburtstag. Am 9. März 2018 eröffnete die Einrichtung am Schildplatz 7 und nahm mit einem zweiköpfigen Team den Dienst auf.
„lokal willkommen“ ist eine Kooperation der Stadt Dortmund mit verschiedenen Wohlfahrtsverbänden und weiteren Akteur*innen in der Flüchtlingshilfe. Diese Partnerschaft bündelt die Ressourcen, Kompetenzen und Potenziale der kommunalen und freien Träger. Am Standort Hörde, der die Stadtbezirke Hörde und Hombruch abdeckt, kooperieren die Stadt Dortmund und die Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Dortmund.
Im Stadtgebiet gibt es sieben „lokal willkommen“-Büros.
Das Dortmunder Integrationsnetzwerk „lokal willkommen“ zielt auf die Integration von Neubürger*innen in die Stadtgesellschaft. Es fördert ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit und bietet niederschwellig praktische Unterstützung bei der Integration in das Alltagsleben.

v.l. Ulrike Podhajsky (Team lokal willkommen Hörde/Hombruch) Nahid Farshi (Bereichsleiterin „Das Dortmunder Integrationsnetzwerk“ im Sozialamt) und Andreas Schmitz-Grenda (Team lokal willkommen Hörde/Hombruch).
Foto: Stadt Dortmund

„lokal willkommen“ identifiziert Bedarfe und sucht überall dort, wo Integrationshemmnisse vorhanden sind, nach schnellen und unbürokratischen Lösungen.
Das Team im Büro Hörde/Hombruch hat pro Jahr durchschnittlich mehr als 1000 Kund*innen beraten. Jede/r Ratsuchende bringt mindestens drei Fragen und Beratungswünsche mit in die Sprechstunden.
„Ein großes Dankeschön geht an die AWO Unterbezirk Dortmund, Tandempartnerin für „lokal willkommen“ Hörde/Hombruch und an die vielen aktiven Kooperationspartner*innen in Verwaltung, Gemeinden, Vereinen, Initiativen und besonders an allen Aktiven im Ehrenamt, ob beim Brückenfest, Theaterprojekt, Runden Tisch, oder bei den Sprachkursen“, sagt Jörg Süshardt, Leiter des Sozialamtes.
Die Teams der „lokal willkommen“-Standorte sind vor Ort zugleich Ansprechpartner*innen für das soziale Umfeld: Nachbarschaft, Vermieter*innen, Interessierte und Ehrenamtliche sowie für die lokal und stadtweit tätigen Akteur*innen und Kooperationspartner*innen.
Foto: Stadt Dortmund
v.l. Ulrike Podhajsky (Team lokal willkommen Hörde/Hombruch) Nahid Farshi (Bereichsleiterin „Das Dortmunder Integrationsnetzwerk“ im Sozialamt) und Andreas Schmitz-Grenda (Team lokal willkommen Hörde/Hombruch).

Stadt Dortmund

Infoveranstaltung zum Thema Demenz

MIA-Projektleiterin Dr. Gürsel Capanoglu (5. v.l.) mit Teilnehmerinnen

Foto:MIA

Das MIA-Projekt hat in der Osman-Gazi-Moschee eine Informationsveranstaltung zum Thema Demenz organisiert.
Die Veranstaltung wurde zusammen mit dem Frauenverein der Moschee durchgeführt. Etwa 20 Personen besuchten die Veranstaltung, auch ältere Menschen nahmen daran teil. Bei dem Treffen wurden Informationen zu den Themen "Was ist Demenz", "Diagnose der Krankheit", "Wo kann man nach der Diagnose Hilfe finden" und "Unterstützung durch häusliche Pflegedienste" gegeben. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass der VMDO Ehrenamtliche für die häusliche Pflege ausbildet und sie den Patienten zur Verfügung stellt. Lioba Heuel vom Paritätischen Projekt "Kultursensible Selbsthilfe" NRW nahm ebenfalls an dem Treffen teil. Sie informierte über die Bildung von Selbsthilfegruppen. Insbesondere Dr. Gürsel Capanoglu, als Beraterin des Paritätischen beim VMDO e.V. und Mitarbeiterin des MIA-Projekts, informierte über die Notwendigkeit der Bildung von Selbsthilfegruppen für Demenzkranke.

ECHO

DER PARITÄTISCHE DORTMUND

Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztag und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

„Alle in meiner Behörde wissen, was ihnen blüht, wenn er oder sie glaubt rechtes Gedankengut an den Tag legen zu müssen“

Ein Gespräch mit dem Dortmunder Polizeipräsidenten Gregor Lange

Sind nach dem Vorfall mit Mouhamed Dramé Veränderungen bei den Polizeieinsätzen vorgenommen worden?

Ich möchte erst einmal klarstellen, dass uns dieser Vorfall auch heute noch sehr betroffen macht. Es war ein Einsatz zur Rettung eines Menschen, dass dieser Mensch dann im Verlauf dieses Einsatzes getötet wurde, lastet sehr schwer auf unseren Schultern. Deshalb gibt es gerade auf unserer Seite ein exorbitant hohes Interesse an einer lückenlosen Aufklärung und wir fragen uns natürlich, was können wir als Behörde aus diesem Vorgang ableiten, ohne erstmal abzuwarten, wie ein zukünftiges Gerichtsurteil aussieht.

Gregor Lange. Foto: J.Abolnikov

Bei diesem Einsatz handelte es sich ja zweifellos um einen Menschen, der psychisch auffällig geworden war. Da unsere Einsatzkräfte feststellen, dass das ein Phänomen ist, dass gerade auch in jüngster Zeit sehr stark zugenommen hat, haben wir hier in Dortmund zusätzliche Unterrichte zu diesem Thema veranlasst, in denen besonders erfahrene Mitarbeitende unsere Spezialeinheiten, insbesondere die Führungskräfte zu diesem Thema schulen. Hier geht es um Gefahreneinschätzungen, es geht darum, welche Vorgehensweise und welche Alternativen habe ich, wie kann ich einen Suizid verhindern. Das ist unter dem Gesichtspunkt der Zunahme von psychischen Auffälligkeiten sicher eines der anspruchvollsten Felder zurzeit bei der Polizei. In seiner Rede vor dem Innenausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags hat Innenminister Reul bereits angekündigt, dass die landesweite Fortbildung für die Polizei in diesen Bereichen angepasst werden soll.

v.l. Torsten Sziesze (Leiter Pressestelle), Gregor Lange, Hansgeorg Schmidt, Vedat Akkaya

Foto: J.Abolnikov

Wie divers ist mittlerweile die Dortmunder Polizei, d.h. wie viele Polizeibeschäftigte haben einen Migrationshintergrund? Gibt es Pläne, diesen Anteil zu vergrößern?

Es gibt schon seit längerem Pläne des Landes, den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei zu erhöhen. Da hat es auch landesweit bereits Fortschritte gegeben. Wir sind zwar nicht für das landesweite Einstellungsverfahren verantwortlich, aber wir sind im Rahmen der Personalwerbung sehr aktiv und kümmern uns da natürlich auch um Bewerbende mit unterschiedlichen Migrationshintergründen oder Zuwanderungsgeschichten.

Wir sind uns aber klar darüber, dass dieser Anteil noch weiter erhöht werden sollte. Ich kann sagen, dass wir es gerade bei der Polizeiwache Nord, die ja in letzter Zeit sehr im Fokus der Aufmerksamkeit steht, immerhin geschafft haben, dass der Anteil der Polizeikräfte mit Migration mittlerweile bei über 20 Prozent liegt. Darunter sind zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Zuwanderungs-geschichte aus Portugal, der Türkei, Marokko und Polen. Wir als Polizei Dortmund haben uns selbst verpflichtet, ganz besonders um diese Zielgruppe zu werben. Daneben sind wir Mitglied in der Charta der Vielfalt, die sich für Diversität in unserer Gesellschaft einsetzt. Damit werben wir auch und wir formulieren unsere Stellenausschreibungen so, dass wir uns besonders freuen, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte bewerben. Wir sind auch immer auf speziellen Berufsmessen vertreten, die von vielen Jugendlichen mit Migrationshintergrund besucht werden, eine davon ist die Jobmesse im Keuninghaus, die jährlich stattfindet. Da sind wir immer dabei.

In Deutschland ist Racial Profiling verboten, dennoch gibt es immer wieder Erfahrungen und Beschwerden. Sind Sie sicher, dass es in Dortmund durch die Polizei kein Racial Profiling gibt?

Das ist richtigerweise verboten und wir hier in Dortmund sind uns alle klar darüber, dass es in unserer Stadt kein Racial Profiling geben darf. Aber das ist für unsere Polizeikräfte oft ein Spagat. Vor einigen Jahren gab es eine große Diskussion über die Nordstadt in Bezug darauf, dass die Nordstadt zu einer "No-Go-Area" geworden sei. Es wurde gefragt, was tut ihr als Polizei, um die Bewohner der Nordstadt vor Übergriffen zu schützen, was tut ihr um die Kriminalität dort einzudämmen? Was macht die Polizei für die Sicherheit in unserer Stadt. Natürlich haben wir dort die Kontrollen verstärkt, da gab es auch durchaus Anrufe und Hinweise von Bewohnern, die sagten, da sind kriminelle Gruppen unterwegs oder da wird gedealt, es kann doch nicht sein, dass auf dem Spielplatz vor meinem Haus, auf dem meine Kinder spielen Kriminelle unterwegs sind. Das ist schwierig, auf der einen Seite wollen und müssen wir die Kriminalität konsequent bekämpfen, aber auf der anderen Seite müssen wir auch sensibel und korrekt mit den unterschiedlichen Menschen in unserer Stadtgesellschaft umgehen und kommunizieren. Die Menschen müssen verstehen, was und warum wir es tun. In kritischen Situationen stellt uns das immer wieder vor eine besondere Herausforderung, der wir zwingend gerecht werden müssen.

Wir haben hier in Dortmund viel für die Sensibilisierung zum Thema Rassismus organisiert, wir haben Tagungen durchgeführt, mit Professor El-Mafaalani und anderen, um das Thema für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beleuchten und Sensibilität zu schaffen. Wir haben seit vielen Jahren eine Arbeitsgruppe zum Thema "interkulturelle Kompetenzen stärken", wir haben Netzwerke aufgebaut, mit dem Interkulturellen Forum, mit dem Jugendring aber auch mit muslimischen Gemeinden.

In seinen Werten steht das Polizeipräsidium Dortmund für Vielfalt und Diversität. Darüber hinaus bietet das Polizeipräsidium Dortmund seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unterschiedlichen Fortbildungen, Dienstunterrichten oder sonstigen Veranstaltungen, wie zum Beispiel dem Tag der Werteorientierung eine fortlaufende Sensibilisierung zu Themen, wie Alltags- und Institutioneller Rassismus, Vielfalt und Diskriminierung. Der Tag der Werteorientierung findet seit 2021 jeweils am Tag des Grundgesetzes statt und findet bei allen Beschäftigen einen großen Anklang. Gerade

befinden wir uns in den Planungen für die 3. Veranstaltung, die auch dieses Jahr wieder am 23. Mai stattfinden wird. Eine Ausstellung zum Thema „Vielfalt ist unsere Stärke“ wandert derzeit durch alle Polizeiwachen des PP Dortmund.

Das war alles schon vor dem 8. August letzten Jahres so. Ein Fall wie mit Mouhamed Dramé hat uns bei der Vertrauensbildung um Jahre zurückgeworfen, das empfinde ich so. Und ich empfinde auch, dass wir dieses Vertrauen mit allen Möglichkeiten und Mitteln wieder herstellen müssen. Dazu haben wir eine Arbeitsgruppe "Dialog" ins Leben gerufen und sind auf migrantische Verbände und Vereine in der Nordstadt zugegangen, um gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln, um das verloren gegangene Vertrauen wieder herzustellen.

Immer wieder wird von rechtsradikalen und neonazistischen Vorfällen in Polizeidienststellen berichtet. Können Sie dies für Dortmund ausschließen? Was tun Sie, um innerhalb der Belegschaft aufzuklären und eine demokratische Grundhaltung zu stärken?

Meine Mitarbeiter*innen wissen, dass bei der Polizei Dortmund kein Platz für rechtsextremistisches Gedankengut ist und das jede und jeder, der hier mit rechtsextremistischem Gedankengut oder Verhaltensweisen auffällt, bei der Polizei Dortmund nichts zu suchen hat. Das haben wir schon lange vor den Vorkommnissen in Essen oder Mühlheim in mehreren Fällen so praktiziert. Wir haben schon 2014 einen Mitarbeiter vom Dienst suspendiert, der den Verdacht Reichsbürger zu

sein, mit verschiedenen Äußerungen bestätigt hat. Das haben wir auch öffentlich gemacht, lange bevor das Thema in den Medien groß wurde. Ich habe damals sehr deutlich gemacht, dass so jemand bei der Polizei nicht weiter beschäftigt sein darf und wir haben das durch viele Instanzen vor Gericht auch durchsetzen können. Es gab auch andere Fälle, bei denen Kommissaranwärter*innen durch rechtsextremistische Musik in ihrem Auto aufgefallen sind oder einen Thor-Steinar-Pullover im Unterricht getragen haben. Die sind aus dem Dienst entfernt worden. Wir haben hier dafür gesorgt, dass alle identifizierten Fälle klar abgearbeitet werden. Alle in meiner Behörde wissen, was ihnen blüht, wenn er oder sie glaubt rechtes Gedankengut an den Tag legen zu müssen. Da gibt es hier und besonders von meiner Seite keine Toleranz. Wir haben ja einen Schwerpunkt in der Bekämpfung des Rechtsextremismus in dieser Stadt gesetzt und wenn man den Rechtsextremismus draußen bekämpfen will, muss klar sein, dass es den Rechtsextremismus im Inneren nicht geben darf.

Es gibt Forderungen nach einer unabhängigen Beschwerdeinstanz. Wie könnte aus Ihrer Sicht eine solche Beschwerdeinstanz aussehen? (Müsste sie nicht von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen werden?)

Eine zentrale Beschwerdestelle für das Land NRW gibt es derzeit noch nicht, auch wenn sie immer wieder in unterschiedlichen Diskussionen gefordert wird. Die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen haben eigene Beschwerdestellen, also auch das Polizeipräsidium Dortmund. Jede Beschwerde, die hier eingeht landet auf meinem Schreibtisch. Es wird dann nachgeforscht und glauben Sie mir, das ist recht unangenehm für die betroffenen Mitarbeiter*innen, die müssen eine Stellungnahme bei mir abgeben und es gibt dann auch Fälle, die zu einem Disziplinarverfahren führen, manchmal auch zu einem Strafverfahren.

Einer externen Beschwerdestelle stehe ich durchaus aufgeschlossen gegenüber. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei der Landesregierung NRW.

Wir hier in Dortmund versuchen in Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen wie dem VMDO, Train of Hope, dem Multikulturellen Forum und anderen das Beschwerdeverfahren zu vereinfachen und verständlicher zu gestalten. So haben wir angeregt, einen Anlaufpunkt für Beschwerden in den migrantischen Organisationen zu schaffen, die dann an eine Kontaktperson bei der Polizei weitergeleitet werden, also einen „Single point of contact“, der als zentraler Ansprechpartner bei der Polizei fungiert. Damit könnten Sprachbarrieren überwunden und das Vertrauen gestärkt werden. Wir haben das Angebot unserer Beschwerdestelle auf unserer Internetseite jetzt auch in Englisch und Französisch übersetzt und in der Sitzung des Innenausschusses hat der Minister bereits angekündigt, dass die Internetseite der Polizei NRW in Kürze sogar in möglichst vielen Sprachen angeboten werden soll. Aber es könnte dann eben auch möglich sein, eine Beschwerde über eine externe Organisation oder Verein an die Polizei zu übermitteln. Ich möchte ganz klar betonen, dass wir als Polizei ein hohes Eigeninteresse daran haben, von einem Fehlverhalten der Polizeibeamten zu erfahren, damit wir es abstellen können.

Warum werden Bodycams nicht zur Dokumentation jedes Polizeieinsatzes eingesetzt? Warum sollen Sie ausschließlich nur zur Dokumentation von Übergriffen auf die Polizei eingeschaltet werden?

Grundsätzlich gibt es keine gesetzliche Einschaltpflicht, das kann jeder Beamte im Einsatz selbst entscheiden. Im Innenausschuss des Landtags NRW hat Minister Herbert Reul die Einführung einer Tagepflicht angekündigt und für die Einsatzkräfte eine Empfehlung des Einschaltens ausgesprochen, soweit die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, die sich aus dem § 15 c des Polizeigesetz NRW ergeben. Dieser regelt, dass die Kameras eingeschaltet werden können, wenn dies zum Schutz von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten oder Dritten gegen eine konkrete Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist.

Die Tragepflicht hatte ich schon vor dieser Entscheidung in Dortmund angeordnet.

Ich weiß aber, dass der Minister Reul darüber nachdenkt, ob man beim Einsatz von Abwehrmitteln, z.B. Taser, eine automatische Einschaltung der Bodycam einführt. Aber da gibt es datenschutzrechtliche Hürden, das ist aber momentan in der politischen Diskussion.

Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
Fotos: J. Abolnikov

Frauentag unter dem Motto „Nein zur Diskriminierung im Alter“

Die Projektmitarbeiterinnen des Projekts KULSA (Kultursensible Seniorenarbeit) haben am 8. März zum Internationalen Frauentag in das Haus der Vielfalt eingeladen. Über 80 Frauen der verschiedenen Seniorengruppen des Projekts folgten der Einladung, Senior*innen mit vietnamesischer, kurdischer, arabischer, persischer und ukrainischer Herkunft feierten zusammen den Internationalen Frauentag.
Begrüßt wurden die Frauen von Dr. Omar Al Ghawi (Vorstand des VMDO e.V.) und den Projektmitarbeiterinnen Haifa Abdulaziz, Jenny Pham, Lidia Tiz und Schahla Yawari.
Projektleiterin Dr. Gürsel Çapanoğlu betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass ältere Menschen, insbesondere Frauen, negativer Diskriminierung in der Gesellschaft, im Geschäftsleben und im Ruhestand ausgesetzt sind. Sie sprach über die Akzeptanz des Alters als normalen Lebensverlauf und die Entwicklung von mehr Pflegeansprüchen im Alter.
Saziye Altundal-Köse, die Geschäftsführerin des VMDO, stellte in ihrer Rede fest, dass eine Gesellschaft Frauenrechte sensibel behandeln und sie nicht vergessen sollte.
Das Treffen wurde mit einem Gespräch fortgesetzt, begleitet von Musik und einem Abendessen.

ECHO

Saziye Altundal-Köse begrüßt die Teilnehmerinnen

Fotos: KULSA

"Großartige Veranstaltung für starke Frauen!"

Am 8. März 2023 war es endlich soweit! Über 30 geflüchtete Frauen trafen sich in der Zweigstelle des VMDO e.V. in der Leuthardstraße, um gemeinsam eine inspirierende Veranstaltung zu erleben. Das Programm zielte darauf ab, die Frauen zu empowern.
Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit verschiedenen Projektleiterinnen vom VMDO gestaltet, die alle schwerpunktmäßig mit Frauen arbeiten: Sofie (Sevim Kosan, Haifaa Abdulaziz), GLEICH teilhaben (Elaine Yousef) und Empowerment mit Kultur- und Sprachmittler*innen (Gülcan Boran).
Mit voller Energie starteten die Projektleiterinnen mit ihrem Input, indem sie von ihrer beruflichen Laufbahn erzählten. Damit haben die Veranstalterinnen signalisiert, dass es verschiedene Wege und Herausforderungen gibt, die die Frauen meistern müssen, um Erfolg zu erzielen. Herausforderungen waren z.B. nicht-frauenfreundlich gestaltete EDV-Räume an der Uni oder posttraumatische Belastungsstörungen durch die eigene Fluchtgeschichte. Die Botschaft war: „Ihr schafft es auch weiterzukommen, wenn der Wille da ist!“.

Tanz beim Frauentag in der Leuthardstrasse

Foto: Gülcan Boran

Nach dem Warm-Up mit Yoga im Stehen, Klopftechnik, Bewegung und einer Atemübung war die Energie bereits spürbar. Die Frauen waren empowert und voller positiver Energie, so dass sie ermutigt waren ihre Stärken in einer Gruppenarbeit zu entdecken und ihre innere Heldin zu finden. Dazu gab es eine Fragerunde und Gruppenarbeit in Vierergruppen. Eine Teilnehmerin präsentierte jeweils dann die Ergebnisse ihrer Gruppe. So konnten die Frauen ihre Stärken bewusst wahrnehmen. Die Aktivitäten hielten die Frauen auf Trab mit Stopptanz, Tanzen und Cooldowns. Die Veranstaltung endete mit Chi Gong und Musik im Hintergrund. Die Frauen verließen die Veranstaltung gestärkt und voller Selbstbewusstsein. Zum Abschluss gab es eine Feedback-Runde, in der die Teilnehmerinnen ihre Meinung zur Veranstaltung schriftlich äußern konnten. Insgesamt war die Veranstaltung ein großer Erfolg und trug dazu bei, dass sich die Frauen gestärkt und selbstbewusster fühlten.

ECHO

Ausstellungsvorschau: „Ankommen. 13 Frauen vom Borsigplatz erzählen“ im MKK Dortmund

Portrait Satý Avcý

Fotograf: Leopold Achilles

Portrait Zuebeyde Kafadar

Fotograf: Leopold Achilles

Zum 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei im Jahr 2021 fanden die Leistungen der männlichen Einwanderer unter den sogenannten Gastarbeiter*innen vielfach Anerkennung. Der gesellschaftliche Beitrag von Frauen wurde eher wenig gewürdigt. Vom 28. April bis 9. Juli 2023 richtet die Ausstellung „Göç – Borsigplatz'da yaşayan 13 kadının dilinden“ / „Ankommen. 13 Frauen vom Borsigplatz erzählen“ im Museum für Kunst und Kulturgeschichte den Blick auf weibliche Erinnerungen. Die Schau im STADT_RAUM des MKK stellt mit Porträt- und privaten Fotografien, O-Tönen und Texten 13 Frauen in den Mittelpunkt, die ihre Erinnerungen an Ankommen und Leben in der Dortmunder Nordstadt teilen. Der Eintritt ist frei.
Die Frauen kamen in den 1970er-Jahren nach Deutschland und leben seither rund um den Borsigplatz. Sie widmeten ihre Zeit der Familie, dem Haushalt und der Betreuung der Kinder, die, wie auch die Enkel*innen, heute fest in Deutschland verwurzelt sind. Über die Jahre verblasste der Gedanke an eine Rückkehr. Das Leben zwischen zwei Kulturen wurde Normalität, alte und neue Heimat existieren friedlich nebeneinander. Im Quartierstreff Concordia am Borsigplatz fanden die Frauen einen Ort zum Austausch.
Gemeinsam mit Jugendlichen hat das Projektteam von „Nordstadt to go!“ (Planerladen gGmbH) und Quartierstreff Concordia Gespräche mit den Frauen in ihrer Muttersprache Türkisch aufgezeichnet. Erzählungen aus erster Hand bleiben meist der eigenen Community vorbehalten. Die Ausstellung im STADT_RAUM des MKK macht diese persönlichen Zeugnisse einer schwierigen und ereignisreichen Zeit in einem unbekannten Land allen Interessierten zugänglich, zusammen mit fotografischen Porträts des Dortmunder Fotografen Leopold Achilles.

Quartierstreff Concordia ist ein Kooperationsprojekt der Planerladen gGmbH und der SPARBAU Stiftung gGmbH. Das Projekt "Nordstadt to go!" wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.
Der STADT_RAUM ist ein neuer Denk-, Dialog- und Arbeitsraum, mit dem das MKK zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Communities einlädt, gemeinsam Projekte, Diskussionsanlässe und Veranstaltungen zu entwickeln.

ECHO

Zum 30. Jahrestags des rassistischen Brandanschlages von Solingen

Kontinuitäten des Rassismus aus der Betroffenenperspektive

Prof. Dr. Kemal Bozay

Foto: J.Abolnikov

Am 29. Mai 1993 wurden in Solingen Gürsün Ince (27), Hatice Genç (18), Gülistan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4), fünf junge türkeistämmige Frauen, Mädchen und Kinder bei einem rassistischen Brandanschlag getötet. Am 30. Jahrestag des rassistischen Brandanschlages von Solingen setzen sich die Opfer und Betroffenen nicht nur mit den gesellschaftlichen Dimensionen von Rassismus und Rechtsextremismus auseinander, sondern auch mit den Empfindungen, der Trauer und der Wut. Die gegenwärtige Praxis zeigt, dass rassistisch motivierte Anschläge und Angriffe hierzulande größtenteils aus den Strukturen der Erinnerungsarbeit und dem öffentlichen Bewusstsein ausgeklammert wurden und werden.

Auch die Praxis in Solingen hatte längere Jahre mit dieser staatlich reproduzierten Verleugnung zu kämpfen. Der erste Widerstand in Solingen kam neben den vielseitigen Protesten von antirassistischen Initiativen, Gewerkschaften, demokratischen Parteien, Kirchen und Migrationsverbänden, in erster Linie auch von Familienangehörigen. Eine symbolische Rolle in der Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalt in Solingen 1993 nahm insbesondere Mevlüde Genç ein, die als Betroffene den Anschlag überlebte, während ihre zwei Töchter, zwei Enkelinnen und Nichte starben. Nach dem Tod ihrer Familienmitglieder widmete sie bis zu ihrem Tod am 30.10.2022 ihr ganzes Leben für die Aufarbeitung Vorfalls und war das Gesicht der Betroffenen. In einem Interview bringt sie ihren Schmerz und die nicht zuheilenden Wunden in einem WDR-Interview zum 10. Jahrestag des Brandanschlages mit folgen Worten zum Ausdruck: „1993 ist meine Welt zusammengebrochen, ich habe meine Kinder verloren. (…) Und ich habe trotzdem nicht mit Hass reagiert, sondern mit Liebe und Respekt. Wir sind Menschen und müssen einander respektieren und wertschätzen. (…) Ich habe fünf Kinder verloren und meinen Schmerz vergraben. Ich habe nachts geweint und mich tagsüber um meine anderen Kinder gekümmert. Ich habe meine Tränen nicht gezeigt."

Solingen kam nicht über Nacht…

Der rassistische Brandanschlag von Solingen ist im Kontext der Wechselbeziehung zwischen den politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Dimensionen der 1990er Jahre zu betrachten. Ebenso im Zusammenhang mit rassistischen und rechtsextremen Kontinuitäten, die durch die damaligen Umbrüche eine neue Revitalisierung erlebt und Ende der 1990er Jahre und Anfang der 2000er Jahre zur Bildung des Terrornetzwerks NSU beigetragen haben. Daher ist der Solinger Brandanschlag nicht über Nacht gekommen. Im Zuge der sog. Wiedervereinigung 1990 kam es bundesweit unter dem Label der „Asyldebatte" zwischen 1991 und 1993 zu einer pogromartigen Stimmung in Teilen der Öffentlichkeit. Den Höhepunkt bildet im Jahre 1993 der so genannte „Asylkompromiss", der von CDU/CSU, SPD und FDP getragen wurde und die faktische Abschaffung des Asylrechts beinhaltete. Am 26. Mai 1993 wurde er im Bundestag verabschiedet und drei Tage später ereignete sich der Brandanschlag in Solingen.

Mahnmal Solinger Bürger und Bürgerinnen in Solingen

Foto: Frank Vincentz
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/

Solingen zwischen Betroffenenperspektive, Erinnerungskultur und „doing memory"

Rassistische Anschläge sind wie eine tiefe Wunde, die immer wieder aufbricht, wenn darüber gesprochen oder berichtet wird. Sie rufen immer wieder ein Gefühl der Verunsicherung und Einschüchterung hervor. Diese tiefe Wunde und das Gefühl der Einschüchterung löst nicht nur ein Schmerz aus, sondern zugleich ein Riss, der insbesondere durch die migrantisierte Gesellschaft geht. Ferner ist es eine Lücke, die mitten in einer Stadtgesellschaft entsteht. Wir spüren diese Lücke sowohl in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen, Halle, Chemnitz, Kassel, Hanau als auch tief in unserem Herzen. Insbesondere die Bilder der Brandanschläge in Solingen und Mölln sowie pogromartigen rassistischen Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten und Wohnheime von Vertragsarbeitern in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sind noch heute tief im kollektiven Gedächtnis zahlreicher Migrant*innen verankert. Dieses kollektive Gedächtnis spiegelt zugleich die Kontinuität der Erfahrungen sowie des Wissens mit rassistischer Gewalt wider. Dieses Wissen ist bei gesellschaftlichen Teilen, die in erster Linie nicht von Rassismus betroffenen sind, oft nur rudimentär vorhanden und muss insbesondere immer wieder von Betroffenen problematisiert und öffentlich skandalisiert werden, um es ins öffentliche Bewusstsein zu tragen. Zudem prägen in den Erinnerungspraxen strukturelle und institutionelle Rassismen das Erinnern sehr, weil Opfer sowie Betroffene rassistischer Gewalt auch zuvor nicht als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt wurden.

Die Betroffenenperspektive in der Auseinandersetzung mit rassistischer Gewalt ist kein homogenes Konzept, sondern bezieht sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven und Erfahrungen. Anlehnend daran ist die Erinnerungskultur ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen und kulturellen Identität, aber auch des Widerstands.

Prof. Dr. Kemal Bozay

Stilles Gedenken für Mehmet Kubaşık

Foto: Roland Gorecki

Am Dienstag, 4. April 2023, jährte sich der Todestag von Mehmet Kubaşık zum 17. Mal. Mehmet Kubaşık wurde 2006 durch die rechtsextremistische Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) in seinem Kiosk in der Dortmunder Nordstadt ermordet.

Anlässlich des Jahrestages hat die Stadt Dortmund - wie in jedem Jahr - gemeinsam mit der Witwe Elif Kubaşık und der Tochter Gamze Kubaşık an der Mallinckrodtstraße ein Stilles Gedenken abgehalten und auf die Notwendigkeit hingewiesen, nicht nur an diesem besonderen Tag, sondern fortwährend dem Rechtsextremismus entgegenzutreten.

Bürgermeister Norbert Schilff sagte dazu: „Die NSU-Morde haben uns gezeigt, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft noch immer ein großes Problem darstellen. Wir dürfen nicht zulassen, dass solche Taten jemals wieder passieren. Wir müssen uns gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung stellen und uns für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen. Wir müssen unsere Stadt zu einem Ort machen, an dem jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben oder seiner Hautfarbe sicher und willkommen ist."

Auch die Hinterbliebenen von Mehmet Kubaşık engagieren sich aktiv gegen Rechtsextremismus, mahnen, klären auf und setzen sich für eine demokratische Stadtgesellschaft ein: „Wir als Familie betrachten es als unsere Verpflichtung, ein aktiver Teil des Engagements gegen rechte Gewalt und rechten Hass zu sein. Wir lassen nicht zu, dass unser Zusammenleben vergiftet wird. Wir freuen uns, dass uns sowohl die Stadt Dortmund als auch unsere Freundinnen und Freunde aus der Zivilgesellschaft dabei unterstützen und uns jedes Jahr an diesem besonderen Tag nicht alleine lassen."

Weiterhin nahmen an dem stillen Gedenken Leonid Chraga (Vorsitzender des Integrationsrates), Gregor Lange (Polizeipräsident), Efsane Tatar (Vizekonsulin der Republik Türkei), Hannah Rosenbaum (Bezirksbürgermeisterin Innenstadt-Nord) sowie Manfred Kossack (Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters für Vielfalt, Toleranz und Demokratie) teil. Anwesend war auch Semiya Şimşek, Tochter von Enver Şimşek, der im September 2000 von der Terrororganisation NSU in Nürnberg getötet wurde.

Stadt Dortmund

„Ihre Würde wurde mit Füßen getreten"

Rede der Anwältin der Familie Kubasik Seda Besay-Yildiz

Im Artikel 1des Grundgesetzes steht, die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Der Staat habe daher zu unterlassen, was die Menschenwürde verletzt oder beeinträchtigen könnte. Was ist aber, wenn der Staat eben das nicht macht? Also, unsere Würde schützen und gar verteidigen. Und was ist, wenn dieses Rechte vom Staat selbst verletzt werden?

Wer schützt uns vorm Staat und seinen Institutionen, vor den Personen, die als Beamte einen Eid auf unsere Verfassung geschworen haben und die es mit dem Grundgesetz und der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht ernst nehmen.

Mehmet Kubasik, sowie alle anderen Opfer des NSU, hatten auch eine Würde. Sie und Ihre Familien wurden kriminalisiert. Es wurde in Persönlichkeitsrechte eingegriffen. Ihre Würde wurde mit Füßen getreten. Nicht oft genug erwähnen darf man hier den Umstand , dass alle diese Menschen sogenannte „unbescholtene Bürger" waren. Sie waren nicht kriminell.

Unmenschlich und entwürdigend wurden sie behandelt, indem man sie zur polizeilichen Vernehmung zitierte, obwohl sie ihre Angehörigen gerade erst verloren haben. Die Täter haben diese Menschen umgebracht, um den Erhalt der Deutschen Nation zu sichern, weil sie in ihren Augen Ausländer waren.

Seda Besay-Yildiz

Foto: Henning Schlottmann
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Die Würde des Menschen, die in unserer Verfassung das höchste Gut ist, wurde verletzt, die Würde, die unantastbar sein soll und die es zu schützen gilt. Nicht nur von den Tätern, sondern auch vom Staat und von seinen Bediensteten. Rechtsterroristen hatten Mehmet Kubasik umgebracht. Darauf kam man jahrelang nicht. Zufällig flog die ganze Sache auf. Nicht durch die großartige Ermittlungsarbeit der Polizei, die nur damit beschäftigt war, die Opfer zu kriminalisieren. Der Rechtsstaat hat die Opfer des NSU-Terrors im Stich gelassen.

438 Tage, 5 Jahre haben wir in München vor dem Oberlandesgericht verhandelt, bis das Urteil gefallen ist. Am Ende von 438 Verhandlungstagen wurden die Opfer in der mündlichen Urteilsbegründung mit keinem Wort erwähnt. Fast zwei Jahre später wurde das schriftliche Urteil zugestellt. 3025 Seiten, in denen die Opfer kaum erwähnt werden.

Mit extremer Kälte, werden die Mordopfer in diesem Urteil beschrieben. Bei keinem erwähnt das Gericht, dass sie Familienväter waren, die Ehefrauen, Kinder, Eltern und Geschwister hinterließen. So als ob sie austauschbare Statisten und vor allem, keine Menschen sind. Kein Wort darüber, wer die Getöteten waren und welche Folgen ihre Ermordung für die Familie hatte. 3025 Seiten und kein einziger Satz hierzu. Ebenso wenig, finden sich die Worte von dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder thüringisches Landesamt für Verfassungsschutz im Urteil. Temme, der Verfassungsschützer aus Kassel, hat nie eine Rolle gespielt, obwohl er tagelang vernommen wurde. So ein Urteil, dass von der rechten Szene am Tag der Urteilsverkündung im Juli 2018 mit Applaus kommentiert wurde, bestätigt die Neonaziszene und vor allem die Nachrichtendienste.

Besonders kritikwürdig ist für mich und meine Kollegen, dass sich die Urteilsbegründung auf die Behauptung von Sicherheitsbehörden und der Bundesanwaltschaft stützt, dass der NSU nur aus drei abgeschotteten Personen bestanden habe. Dazu passt auch, dass in den schriftlichen Urteilsgründen die Rolle der Nachrichtendienste und Polizeibehörden völlig totgeschwiegen wird. Das Urteil darf auf keinen Fall ein Schlussstrich sein. Wir danken all denjenigen, die gegen staatliche Interessen die Aufklärung der Verbrechen des NSU zu ihrer Aufgabe gemacht haben und all denjenigen, die heute hierher gekommen sind.

Wichtige Adressen und AnsprechpartnerInnen

MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund

MIA-DO-Kommunales Integrations-zentrum Dortmund arbeitet **an der Umsetzung des „Masterplan Integration“**.
Betenstr. 19, 44122 Dortmund
Tel: 0231-5026449, Fax: 0231-5010027
E-Mail: miadoki@dortmund.de
Internet: miadoki.dortmund.de

Bürgerdienste

Tel.: (0231) 50-13331 oder 50-13332,
buergerdienste@stadtdo.de

Einbürgerung

Info-Service-Nr.: **0231-5026999**.
Online-Terminvereinbarung unter **www.einbuergerung.dortmund.de**
E-Mail: **einbuergerung@stadtdo.de**
Die Einbürgerungsstelle:
Stadthaus Olpe 1, 44135 Dortmund.
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do und Fr. 07:30 - 12:00 Uhr

Integrations-sprachkursträger

Auslandsgesellschaft Deutschland e.V.
Steinstraße 48, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-838000
info@auslandsgesellschaft.de
www.auslandsgesellschaft-deutschland.de

Planerladen e.V., Sprachförderung
Rückertstraße 28, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-828362
sprachfoerderung@planerladen.de
www.planerladen.de

pdl – Projekt Deutsch lernen
Interkulturelles Zentrum am Burgtor
Münsterstraße 9-11, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-839822
www.vfz.de, E-Mail: office@vfz.de

Berlitz Deutschland GmbH
Hohe Straße 1, 44139 Dortmund
Tel.: 0231-1385060
Fax: 0231-13850669
dortmund@berlitz.de
www.berlitz.de

CJD-Sprachschule
Haus am Park, Evinger Parkweg 11
44339 Dortmund
Tel.: 0231-985023-9998
barbara.fertsch@cjd-dortmund.de
www.cjd-dortmund.de

IB Geschäftsstelle Dortmund
Schwanenstraße 30, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-58449860
sbs-dortmund@nternationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Kath. Bildungswerk der Dortmunder Dekanate e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848249
gahle@kbs-dortmund.de
www.kbs-dortmund.de

TÜV-Nord Bildungszentrum Dortmund
Bärenbruch 128, 44379 Dortmund
Bildungsberater für Unternehmen und Privatkunden
Daniel Paar: Tel.: 0231-96700035,
H.: 0171-7646102
Ronald Kaczynski: Tel.: 0231-96700031
E-Mail: r.kaczynski@tuv-nord.de

VHS Dortmund
Hansastraße 2-4, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-24705
jdieckerhoff@stadtdo.de
www.vhs.dortmund.de
VHS Dortmund – persönliche Beratung
Infos unter www.vhs.dortmund.de und im gedruckten Programmheft. Allgemeine Auskünfte: 0231-50-24727

Westfalia Bildungszentrum e.V.
Bissenkamp 12-16, 44135 Dortmund
Bürozeiten:
montags - freitags 09:00-18:00
Telefon: 0231-33015438
info@wbzev.de

Bildungswer Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Bornstr. 83, 44145 Dortmund
Tel: 0231/58693871
kkeinemann@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

Integrationsagenturen

Planerladen e.V.
Integrationsagentur Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen
Schützenstraße 42, 44147 Dortmund
Tel. 0231-8820700
integration@planerladen.de
www.planerladen.de
www.integrationsprojekt.net

AWO UB Dortmund
Klosterstr. 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-210
r.erdmann@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstr. 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810218
karin.langrzyk@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund
Prinz-Friedr.-Karl-Str. 9,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-55747213
dick@jkgd.de, www.jg-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e. V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-86108020
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Berenice Becerril Ortiz
Oesterholzstr. 120, 44145 Dortmund
Tel: 0231/2866255
bbecerril@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

Migrations-beratungsstellen

Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Dortmund
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-0
info@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e.V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-861080-0
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstraße 71,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810-0
migrationsberatung@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Diakonisches Werk Dortmund
Rolandstraße 10, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8494-600
sozialbuero@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

IN VIA Dortmund e.V.
Jugendmigrationsdienst
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848-142
u.kurz@invia-dortmund.de
www.invia-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Gabi Frohnert
gfrohnert@stadtteil-schule.de
Oesterholzstr. 120,
44145 Dortmund
Tel: 0231/28662580
www.stadtteil-schule.de

Hilfe und Angebote für Frauen

Dortmunder Mitternachtsmission Beratungsstelle für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel
Dudenstraße 2-4,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-144491
mitternachtsmission@gmx.de
www.mitternachtsmission.de
Frauenberatungsstelle Frauen helfen Frauen e.V.
Märkische Straße 212-218,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-521008
frauen@frauenberatungsstelle-dortmund.de
www.frauenberatungsstelle-dortmund.de

Frauenübernachtungsstelle Diakonisches Werk
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 5
44135 Dortmund
Tel.: 0231-584496-0
fues@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

Frauenzentrum Huckarde
Arthur-Beringer-Straße 42
44369 Dortmund
Tel.: 0231-391122
info@frauenzentrum-huckarde.de
www.frauenzentrum-huckarde.de

Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Dortmund e.V.
Hospitalstraße 6,
44149 Dortmund
Tel.: 0231-141 662
buero@muetterzentrum-dortmund.de
www.muetterzentrum-dortmund.de
Öffnungszeiten des offenen Treffs und des Cafés: Mo bis Fr 9:00 bis 18:00
LEBEDO, Beratungsstelle für lesbische und bisexuelle Frauen und deren Freunde und Angehörige
Goethestr. 66, 44147 Dortmund
(Untergeschoss Edward-Clement-Haus),
Tel.: 0231-98221440, info@ebedo.de
oder brokemper@lebedo.de,
www.lebedo.de

Erziehungshilfe

AMBE - Ambulante Erziehungshilfe
(mehrsprachige Hilfe u. Betreuung)
Öffnungszeiten und telefonische Sprechzeiten: Montag – Freitag 8-16 Uhr
Rheinische Str. 169,
44147 Dortmund
Telefon: 0231 286783-50 oder -51
Fax: 0231 286783-49

Beratungstellen

Arbeitslosenzentrum
Leopoldstr. 16-20,
44147 Dortmund
Telefon: 0231-812124
info@alz-dortmund.de
www.alz-dortmund.de
Bürozeiten: Mo., Mi., Do.: 08:30-16:00; Di.: 08:30-12:00, Fr.: 08:30-12:30 Uhr

Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstr. 8-12,
44145 Dortmund
Beratungsstelle Westhoffstraße:
Tel: 0231-840340.
Fax: 0231-840341
Mail: info@westhoffstrasse.de
www.westhoffstrasse.de
Soziales Zentrum:
Tel: 0231-840310
Seniorenwohnungen:
Tel: 0231-840338 (10-12Uhr)

Train of Hope Dortmund e.V.
Antidiskriminierungsstelle Dortmund
Münsterstr. 54,
44145 Dortmund
Tel : 0231/97062647

FEEDBACK
Fachstelle für Jugendberatung & Suchtvorbeugung Dortmund
Kuckelke 20,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-70099290
info@feedback-dortmund.de
www.feedback-dortmund.de

Selbsthilfe-Kontaktstelle Dortmund
Ostenhellweg 42-48,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-529097.
Fax: 0231-52090.
selbsthilfe-dortmund@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-dortmund.de
Sprechzeiten: Mo + Mi 9:00-13:00 und 14:00-16:30 Uhr; Do 14:00-16:30 Uhr; Fr 9:00-13:00 Uhr und Telefonische Abendsprechzeit:
1. Donnerstag im Monat 16.30-19.00

Evangelische Beratungsstelle für Erziehungs.-, Ehe.-u. Lebensfragen
Klosterstraße 16,
44135 Dortmund
Telefon 0231-8494480
Erziehungsberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen
Joachimstr. 2, 44145 Dortmund
Telefon 0231-86108515

Beratungsstelle Scharnhorst
Hesseweg 24,
44328 Dortmund
Telefon 0231-239083

Beratungsstelle für Personen deren Versicherungsstatus unklar ist
Clearingstelle Gesundheit Dortmund
Ludwigstr. 14, 1. Etage,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-28676022
Beratungssprachen: Deutsch, Rumänisch, Serbisch, Katalanisch, Spanisch, Bulgarisch, Türkisch, Englisch, Mazedonisch, Italienisch

Gleichstellungsbeauftragten

JobCenter Dortmund
Gabi Herweg-Zaide, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt
Südwall 5-9,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-842-1572
jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de
www.jobcenterdortmund.de

Agentur für Arbeit Dortmund
Sladjana Mitrovic, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Migrationsbeauftragte
Steinstr. 39,
44147 Dortmund
Tel.: 0231-842-1272
dortmund.bca@arbeitsagentur.de
www.arbeitsagentur.de/dortmund

Quartiersmanagementsbüros

Geschäftsstelle Quartiersmanagement Nordstadt
Mallinckrodtstr. 56, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-2227373
Martin Gansau, Projektleitung
info@nordstadt-qm.de
www.nordstadt-qm.de

Quartiersbüro Hafen
Schillerstraße 37, 44147 Dortmund
Didi Stahlschmidt.
Sprechzeiten:
Di 14-18 Uhr und Mi 9-12 Uhr.
hafen@nordstadt-qm.de

Beratungsstellen für Senior(inn)en

Seniorenbüro Innenstadt West
Lange Str. 42, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-39572-14
Seniorenbüro Innenstadt Ost
Märkische Str. 21,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-50-29690
Seniorenbüro Innenstadt Nord
Bornstr. 83,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-4775240
Seniorenbüro Dortmund-Aplerbeck
Aplerbecker Marktplatz 21,
44287 Dortmund.
Tel.: 0231-50-29390
Seniorenbüro Dortmund-Brackel
Brackeler Hellweg 170,
44309 Dortmund
Tel.: 0231-50-29640

Wirtschaftsförderung Dortmund

NORDSTADT-BÜRO
Mallinckrodtstraße 2,
4145 Dortmund
Tel. 0231-286739-0
hubert.nagusch@stadtdo.de

Gesundheitsberatung

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Mitte
Eisenmarkt 3,
4137 Dortmund
Tel.: 0231-5022534
E-Mail: 53psych-mitte@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Nord
Bornstr. 239, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-5025391
E-Mail: 53psych-nord@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Methadonambulanz
Tel.: 0231 5025392, Fax: 0231 50-26638
E-Mail: 53methad-amb@stadtdo.de
Susanne Dillenhöfer, Ärtzliche Leiterin

Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Krankheiten, AIDS und Tuberkulose
Hövelstraße 8,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-5023601. Fax: 0231-5023592
E-Mail: aidsberatung@stadtdo.de
Internet: dasaidsteam.dortmund.de
(keine Anmeldung erforderlich)

DROBS Drogenberatungsstelle
Schwanenwall 42,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-4773760
E-Mail: info@drobs-dortmund.de
www.drobs-dortmund.de

Flüchtlingsarbeit (VMDO e.V.)

Flüchtlingsberatung VMDO e.V.

Zur Vielfalt 21, 44147 Dortmund
Tel: 0231-28678242.
Fax: 0231-28678166
Sprechzeiten: Mo., Di., Do., Fr.: 10-12 Uhr

BeVi - Beratung der Vielfalt (VMDO e.V.)

Beratungen zur Beruflichen Entwicklung
Zur Vielfalt 21,
44147 Dortmund
Gisela Reppel (g.reppel@vmdo.de)
Antje Krah (a.krah@vmdo.de)
Telefonische Terminvereinbarung
Tel.: 0231-28678744,
Fax: 0231-28678166
www.vmdo.de/bevi/

KiVi - Kinder der Vielfalt (VMDO e.V.)

Offener Kinder- und Jugendtreff für Kinder im Alter zwischen 6-14 Jahren
Zur Vielfalt 21, 44147 Dortmund
Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15:00-20:00,

Sa.: 14:00-20:00, So.: 14:00-18:00 Uhr
Tel.: 0231-28678163,
www.vmdo.de, f.toker@vmdo.de

Samo.fa

Beratung und Begleitung von MO Netzwerk und Öffentlichkeitsarbeit
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund
Armel Djine (a.djine@vmdo.de)
Johanna Jost (j.jost@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Telefonische Terminvereinbarung

Bildungswerk Vielfalt

Bereichsleitung Bildung
Sprach-, Bildungs-, Sport und Kreativkurse
Zur Vielfalt 21, 44147 Dortmund
Leitung: Kati Stüdemann
Tel 0231 28678165, Fax 0231 28678166
Email: bildungswerk-vielfalt@vmdo.de
Errerichbar Mo – Do 9.00 – 14.00 Uhr

Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen

Leyla Boran: l.boran@vmdo.de
Armel Djine: a.djine@vmdo.de
Tel: 0231 286 767 92
Mobil: 0176 128 678 72
Leuthardstr. 5-7,
44135 Dortmund

Eltern- Kind Gruppen für Geflüchtete

Kinderbetreuung, Beratung für Eltern, Netzwerkarbeit mit Bildungsinstitutionen
Felix Toker,
Montag – Freitag, 8.00 – 14.00 Uhr
Zur Vielfalt 21
44147 Dortmund

"LOKAL WILLKOMMEN"

Das Dortmunder Integrationsnetzwerk
Beratung - Hilfe - Information für Zugewanderte, Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freiwillige

"Entenpoth 34" - Zentrale Verwaltungsstandort
Entenpoth 34
44263 Dortmund

Innenstadt-Nord
Brunnenstraße 25
44145 Dortmund
E-Mail:
lokalwillkommen.in@stadtdo.de
0231 50-11185, 0231 50-11182,
0231 50-11186, 0231 50-11184
0231 50-11187

Innenstadt-West und -Ost
Elisabethstraße 5
44139 Dortmund
E-Mail:
lokalwillkommen.iwo@stadtdo.de
0231 50-11197, 0231 50-11198

Lütgendortmund
Lütgendortmunder Straße 128
44388 Dortmund
E-Mail:
lokalwillkommen.l@stadtdo.de
0231 50-11167, 0231 50-11168
0231 50-11169

Hörde und Hombruch
Schildplatz 7, 44263 Dortmund
E-Mail:
lokalwillkommen.hh@stadtdo.de
0231 50-11138, 0231 50-11139

Brackel und Aplerbeck
Brackeler Hellweg 146
44309 Dortmund
E-Mail:
lokalwillkommen.ba@stadtdo.de
0231 50-28706, 0231 50-28705

Mengede und Huckarde
Westerfilder Straße 54
44357 Dortmund
E-Mail:
lokalwillkommen.mh@stadtdo.de
0231 50-11148, 0231 50-11149

DORTBUNT.city: Stadtfest mit neun Bühnen und breitem Programm

Fortsetzung von Seite 1

Neben Live-Konzerten wird es Kabarett, Comedy, Ballett, Theater, Talk-Runden und Akrobatik geben. Zudem stehen weitere ausgefallene Attraktionen wie Silent-Disco, Pflanz-Aktion, Europa-Quiz, DJ- und Graffiti-Workshop, Pilger-Rundgang, Filmhunde-Show und Fahrrad-Waschstraße an.

Viele Einblicke und Mitmach-Aktionen

Insgesamt über 150 Partner*innen präsentieren in der Innenstadt ihre Institutionen, Vereine, Verbände, Initiativen und vieles mehr – ganz besonders auf dem Hansaplatz und der Hansastraße. Mit dabei sind zum Beispiel das Konzerthaus und das Theater Dortmund, das Jugend- und Grünflächenamt, die Dortmunder Kulturzentren, das FZW, Dortmund Guides, die Interessengemeinschaft Dortmunder Club- und Konzertkultur e.V., die Kulturstiftung, DSW21, Radio 91.2, Stadtsportbund, Fußballmuseum sowie mehrere Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen.

Das Zentrum für Ausbildung und Kompetenzen (ZAK) und das Personalamt der Stadt Dortmund beispielsweise bieten anhand von Praxis-Beispielen spannende Einblicke in ihr vielfältiges Ausbildungs- und Studienangebot – in Bereichen wie Verwaltung, Technik, Soziales, Sicherheit, Medien, Kultur, IT, Handwerk und Feuerwehr. Kinder können sich neben Klassikern wie Hüpfburg und Fußball-Turnier auf zahlreiche Schmink-, Bastel-, Rätsel- und Sport-Aktionen freuen. Am Sonntag wird das Jugendamt zum Beispiel im Stadtgarten und auf der gesperrten Hansastraße ganz viel zum Mitmachen anbieten, während beim Familiensonntag im Dortmunder U Erlebnisführungen möglich sind.

Vollständiges Programm ab Mitte April

Das vollständige Programm wird ab Mitte April als gedrucktes Heft ausliegen und Ende April im Internet abrufbar sein unter www.DORTBUNT.de

Bilder und Grafik: Stadt Dortmund

Fachstelle Frühe Hilfen

Pilar Wulff
Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel: 0231-50-24974
Ostwall 64, 44135 Dortmund
Sabine Janowski
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26,
44141 Dortmund

Gesundheitsfachkäfte

Gesundheitsamt:
E-Mail: g53ab@stadtdo.de,
Telefonnummer: 0231 50-10727
Zuhal Dagdas,
Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin,
zdagdas@stadtdo.de
Melanie Korus,
Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin,
mkorus@stadtdo.de
Ismigyul Myursel,
Familienhebamme,
imyursel@stadtdo.de
Fariba Jooyaei,
Familienhebamme,
fjooyaei@stadtdo.de
Angela Schröder, Familienhebamme,
angelaschroeder@stadtdo.de
Brigit Oechsli, Familienhebamme,
boechsli@stadtdo.de

Präventionsfachstelle

Netzwerk INFamilie, Familienbildung, Suchtprävention
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel: 0231 50-29890
E-Mail: familie@dortmund.de
Internet: familie.dortmund.de

Familienbüros

www.familie.dortmund.de
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.
Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:
Aplerbeck: Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 93 09
Brackel: Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 48 89
Eving: August-Wagner-Platz 2-4 44339 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 79 23
Hörde: Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 98 67
Hombruch: Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 83 27
Huckarde: Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 84 35
Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 89 40
Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund Tel: (0231) 50-2 80 40
Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 88 26
Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 95 69
Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 35 17
Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 42 82
Öffnungszeiten der Familienbüros: montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26,
44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

Beratungsstellen des Psychologischen Beratungsdienstes des Jugendamtes

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund
Telefon (0231) 456013
Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103, 4319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/ 5
Beratungsstelle Eving
August-Wagner-Platz2-4,
44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470
Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39,
44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18
Beratungsstelle Hombruch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund
Telefon (0231) 717051
Beratungsstelle Innenstadt
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115
Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße 10, 44388 Dortmund
Telefon (0231) 67811
Beratungsstelle Mengede
Bodelschwingher Straße 131,
44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

Beratung für Kinder und Jugendliche

Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:
c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund
Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114,
r.anuti-risse@awo-dortmund.de
GrünBau gGmbH:
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635,
ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814,
m.furlan@dksb-do.de
Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580,
niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund

Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund

Lambachstr. 4, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822

Schwangerenberatungsstellen

AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE
Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon : 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße
Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstraße.de

Stabstelle Kinderschutz:

Doris Punge
Koordination Kinderschutz
dpunge@stadtdo.de
Tel.: 0231 5026931
Pilar Wulff
Koordination Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de, Tel.: 0231 50 24974
Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel: 0231-5023397

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt

Hoher Wall 9-11, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner

Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

kulti+ 2023: Ein Fest der Vielfalt, Nachhaltigkeit und Kreativität

DIETRICH-KEUNING-HAUS

kulti+

Das **kulti+**Festival 2023 lädt von April bis November zu einem abwechslungsreichen Programm aus Kunst, Kultur, Musik, Theater, Lesungen, Live-Events und vielem mehr ein. Künstler*innen aus verschiedenen Sparten und Nationen kommen in Dortmund zusammen, um gemeinsam Orte der Begegnung und sinnlicher Erfahrungen zu schaffen.
Nach dem Motto „das kultige Plus in Minus-Zeiten der Pandemie“ fand 2020 das erste **kulti+**Festival mit Streaming-Veranstaltungen statt. Schon die erste Ausgabe konnte über 4.000 digitalen Zuschauern weltweit begeistern. Nach zwei weiteren Jahren im Hybrid-Format freuen wir uns nun auf die vierte Ausgabe mit Veranstaltungen an verschiedenen Veranstaltungsorten in Dortmund.

Hier ein Überblick über die bisher feststehenden Veranstaltungen:

28. April 2023: kulti+ präsentiert Barrence Whitfield and the Savages
Hafenschänke Subrosa, Gneisenaustraße 56, 44147 Dortmund

07. Mai 2023: Cosyphos-Showcase auf der Kieselwiese am Speicher100
Kieselwiese am Speicher100, Speicherstr. 77, 44147 Dortmund

Im Juni: Transkultureller Live-Podcast mit Musik von Joël-Joâo und Zainab Lax
Taranta Babu, Humboldtstraße 44, 44137 Dortmund

01. Juli 2023: kulti+ Gesangsworkshop mit Orito Cantora
Party-Keller im Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstraße 50-58, 44147 Dortmund

01. Juli 2023: kulti+ DJ-Workshop mit Awka
Party-Keller im Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstraße 50-58, 44147 Dortmund

02. Juli 2023: kulti+ präsentiert Orito Cantora & Jenn del Tambó und DJ Awka
Sommer am U, Leonie-Reygers-Terrasse, 44137 Dortmund

21. Juli 2023: Kunstausstellung mit Gevatterfrost und Carla Zimmermann und Live-Musik von Takina Nuna
Projektraum KA!SERN, Kaiserstrasse 75, 44135 Dortmund

26. August 2023: kulti+ eröffnet den Hafenspaziergang mit Amigos de Bolivia und Om Shira & The Exile Orchestra
Hauptbühne des Hafenspaziergangs in der Speicherstraße

Im Oktober: Improvisationsperformance “Vorsicht vom Trigger” (Lesung mit Live-Illustration in Virtual Reality und musikalischer Untermalung mit Fräulein Nina, Arthur Fast und Tobias Bülow)
Theater im Depot Dortmund, Immermannstraße 29, 44147 Dortmund

Im November: Theater-Performance mit dem Kollektiv Kunsthaufen
Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstraße 50-58, 44147 Dortmund

ECHO

"Menschen wollen arbeiten und sich integrieren"

Einwanderer hätten in den letzten Jahren erheblich zum Sozialstaat beigetragen, sagen die Arbeitsmarktforscher*innen Yuliya Kosyakova und Herbert Brücker. Ein Interview zur Integration von Migrant*innen in den Arbeitsmarkt und zum Fachkräftemangel.

Wenn es um Zuwanderung nach Deutschland geht, taucht immer wieder ein Argument auf: Deutschland habe bisher in die sozialen Sicherungssysteme eingeladen, aber nicht in den Arbeitsmarkt. Ist diese Aussage wissenschaftlich belegbar?

Yuliya Kosyakova: Ich finde es falsch, von einer Einladung in den Sozialstaat zu sprechen. Menschen kommen nicht her, um Sozialleistungen zu beziehen. Sie wollen etwas erreichen. Sie wollen arbeiten und sich integrieren.
Herbert Brücker: Seit 2010 hat sich die Beschäftigung von Ausländer*innen in Deutschland verdoppelt, der Anteil der Leistungsbezieher*innen ist zurückgegangen. Einwanderer haben ganz erheblich zum Sozialstaat beigetragen. Ohne Migration hätten wir kein solches Wachstum gehabt.

In der Debatte kursiert gerade eine Zahl. Neun von zehn Menschen kämen über das Asyl- und Flüchtlingssystem nach Deutschland und nur einer über reguläre Arbeitsmigration. Trifft das zu?

Herbert Brücker: Das widerspricht allem, was wir wissen. Wir haben uns die Zuzüge seit 2010 nach Deutschland angeschaut. Nur 13,1 Prozent der Menschen, die von 2010 bis 2021 nach Deutschland zugezogen sind, sind über das Asyl- und Fluchtsystem gekommen. Selbst im Ausnahmejahr 2015, in dem viele Menschen aus Syrien und Afghanistan kamen, waren es weniger als 25 Prozent. Für 2022 haben wir die Zahlen noch nicht. Aber auch da wird der Anteil der Schutzsuchenden trotz der Geflüchteten aus der Ukraine niemals 90 Prozent erreichen.

Schauen wir uns die Zahlen nochmal näher an: Aus welchen Ländern wandern die meisten Menschen nach Deutschland ein?

Herbert Brücker: Gut die Hälfte der Migrantinnen und Migranten sind seit 2010 aus Ländern der Europäischen Union nach Deutschland gekommen. Die Nettoweinwanderung aus der EU lässt aber nach. Nach der EU-Osterweiterung wurde es durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit einfacher, sich einen Arbeitsplatz in einem anderen EU-Land zu suchen, deshalb kamen viele Menschen nach Deutschland. Doch dieses Potenzial ist nun allmählich ausgeschöpft.

Warum?

Herbert Brücker: Die jungen, wanderungsbereiten Bevölkerungsgruppen haben das Land verlassen, die Pro-Kopf-Einkommen der neuen Mitgliedsstaaten konvergieren und der demografische Wandel betrifft auch diese Länder. Hinzu kommt, dass viele Menschen wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Rechnet man Zu- und Wegzüge gegeneinander auf, kommen unter dem Strich nur noch gut 100.000 Personen im Jahr aus EU-Ländern.
Bis Ende dieses Jahrzehnts wird die Nettozuwanderung weiter sinken, auf schätzungsweise 50.000 Personen. Deutschland muss deshalb stärker auf Einwanderung aus Drittstaaten setzen, um seine Arbeitsplätze besetzen zu können. Wir brauchen eine Nettoeiwanderung von 400.000 Personen pro Jahr, um das Erwerbspersonenpotenzial, also das Arbeitsangebot, in Deutschland konstant zu halten. Auch dann steigt der Altenquotient, also das Verhältnis der älteren Bevölkerung zur Bevölkerung im Erwerbsalter, noch immer um 18 Prozentpunkte. Wir bräuchten deshalb eigentlich eine Nettoeinwanderung von deutlich über 400.000 Personen, um die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren.

Wie viele Menschen kommen denn nach Deutschland, um hier zu arbeiten?

Herbert Brücker: Viele EU-Bürger*innen kommen aus Erwerbsmotiven nach Deutschland, das zeigen Befragungen. Von den Drittstaatsangehörigen haben nur etwa acht Prozent einen Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken. Das ist in der Tat sehr niedrig.

Warum ist die Zahl in Deutschland so niedrig?

Herbert Brücker: Das liegt daran, dass die Hürden für Erwerbsmigration nach Deutschland so hoch sind. Die Menschen kommen deshalb eher über andere Kanäle.
Yuliya Kosyakova: Das heißt aber nicht, dass sie nicht arbeiten. Ein Beispiel ist der Familiennachzug. In Deutschland darf man seine Familie nur dann nachholen, wenn man für sich selbst sorgen kann und nicht vom Sozialstaat abhängig ist. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Nachgezogenen dann auch in den Arbeitsmarkt gehen. Wie unsere Befragungen zeigen, sind die Zuwanderungsmotive sehr vielfältig und schließen einander nicht aus. Von den Personen, die über Familiennachzug oder anderen Kanäle gekommen sind, gibt die große Mehrheit an, arbeiten zu wollen. Allerdings sind die Erwerbstätigenquoten geringer als unter denjenigen, die über einen Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken zuziehen.

Sie haben untersucht, wie viele Geflüchtete in den Jahren nach 2015 einen Job gefunden haben. Wie sieht die Bilanz bisher aus?

Herbert Brücker: Gut die Hälfte der Menschen, die 2015 gekommen sind, hatten im Jahr 2021 eine Beschäftigung. Mittlerweile dürfte der Anteil noch höher sein. Das sind bessere Werte als bei den Geflüchteten aus Jugoslawien in den 90er Jahren.

Wie sieht es bei den Geflüchteten aus der Ukraine aus?

Yuliya Kosyakova: Neun Monate nach Kriegsanfang sind etwa 17 Prozent der Geflüchteten aus der Ukraine erwerbstätig. Das ist in der kurzen Zeit ein hoher Wert, zumal die Menschen geflohen sind und nicht wegen der Arbeit gekommen sind. Das Bildungsniveau ist sehr hoch, viele möchten gerne arbeiten. Aber nicht alle wollen sofort eine einfache Helfertätigkeit aufnehmen. Wer länger bleiben will, lernt erstmal die Sprache und bemüht sich um eine Anerkennung des Abschlusses oder eine Nachqualifizierung. Bei den ukrainischen Geflüchteten haben wir übrigens auch angeschaut, warum sie sich für Deutschland entschieden haben. Die größte Rolle spielte, dass sie ein Netzwerk aus Familie oder Freunden hier hatten. Der zweitwichtigste Grund war die Achtung der Menschenrechte in Deutschland – und nicht der Sozialstaat.
Herbert Brücker: Wir sollten Geflüchtete gut in den Arbeitsmarkt integrieren. Gleichzeitig müssen wir die Hürden für Erwerbsmigration dringend senken. Aus Befragungen wissen wir, dass Deutschland ein attraktives Land ist und Menschen zum Arbeiten kommen wollen. Das funktioniert aber nicht über den Weg, der dafür vorgesehen ist. Das ist das eigentliche Drama.

Was ist die größte Hürde?

Herbert Brücker: Das Hauptproblem ist die Anerkennung der beruflichen Abschlüsse. Ich würde mir wünschen, dass die Politik sich da richtig rantraut. Die Vorschläge für die Reform des Einwanderungsgesetzes enthalten zwar viele vernünftige Elemente, sind aber viel zu kompliziert.
Es bringt nichts, immer mehr Wege für Erwerbsmigration einzuführen, die im Ausland aber keiner versteht. Nach unserer Einschätzung wird die Erwerbsmigration aus Drittstaaten nicht spürbar steigen, wenn es bei diesen Vorschlägen bleibt. Besser wäre es, wie in den USA und Kanada Abschlüsse aus anderen Ländern auch ohne Gleichwertigkeitsprüfung anzuerkennen oder wie in Australien und Norwegen die Gleichwertigkeitsprüfung durch ein schnelles allgemeines Qualifikationsfeststellungsverfahren zu ersetzen. Wir müssen uns von der Vorstellung befreien, dass nur Qualifikationen etwas zählen, die exakt identisch mit den in Deutschland erworbenen sind. Auch im Ausland wird gut ausgebildet, nur häufig anders als hierzulande.
Yuliya Kosyakova: Wenn solche Hürden fallen, führt das zu mehr Beschäftigung. Das zeigen die Erfahrungen mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. In der Folge zogen mehr Menschen nach Deutschland, aber auch die Beschäftigungsquoten stiegen. Unter dem Strich führt das zu Mehreinnahmen für den Staat.

Interview: Cordula Eubel

INFO

Dr. Yuliya Kosyakova ist Arbeitsmarkt- und Migrationsforscherin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Sie koordiniert dort unter anderem die Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine, gemeinsam mit Herbert Brücker. Seit 2020 ist die Ökonomin außerdem Lehrbeauftragte an der Universität Bamberg.
Prof. Dr. Herbert Brücker ist Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und leitet den Forschungsbereich Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Kommse bei, hörse zu, machse mit!

Quatschen, helfen, lachen in den Selbsthilfegruppen in Dortmund!
Infos unter Telefon: **0231 52 90 97**
oder **www.selbsthilfe-dortmund.de**

Diese Maßnahme wird im Rahmen der Selbsthilfeförderung nach §20h SGB V von den Krankenkassen/-verbänden in Dortmund gefördert.

SELBSTHILFEFÖRDERUNG NRW GKV

Bitterböse Komödie: „Der Gott des Gemetzels

Fotos: Hupfeld

Das Stück „Der Gott des Gemetzels“ ist die Mutter aller Wohnzimmerschlachten und bitterbösen Wortgefechte, geboren aus dem unbedingten Willen zur Versöhnung. In Yasmina Rezas bitterbösem Komödienhit treffen sich zwei gutsituierte Ehepaare, um einen Konflikt zu bereinigen – zwischen den beiden elfjährigen Söhnen, der einen der Sprösslinge die Vorderzähne kostete. Doch anders als die Kinder kann man schließlich ganz sachlich, tolerant – und wie es sich für kultivierte Menschen gehört – über den Vorfall sprechen, richtig? Gemeinsam wird in gepflegter Atmosphäre um die pädagogisch richtigen nächsten Schritte gerungen, mit denen man auf Täter wie Opfer einwirken kann. Doch die Frage nach dem Hintergrund des Konflikts – deutet das Verhalten des Täters Ferdinand auf Eheprobleme zwischen seinen Eltern Alain und Annette hin? Hat Michels und Veroniques Sohn Bruno den Angriff möglicherweise provoziert? Wer ist der wahre Schuldige? – lässt das so freundliche und tolerante Gespräch schnell in unerfreuliche Bahnen kippen. Was ist schlimmer: dass die hypernervöse Annette quer über Véroniques Kunstbände kotzt oder dass Véronique das Wohlergehen ihrer Bücher deutlich mehr am Herzen liegt als das ihres Gastes? Dass der scheinbar harmoniebemühte Michel heimlich den Hamster seiner Tochter ausgesetzt hat? Oder dass Alain einen Pharmakonzern mit einem gesundheitsschädlichen Medikament juristisch vertritt, und zwar ständig, am Handy? Aus Sticheleien werden Wortgefechte, aus Streitereien werden Handgreiflichkeiten, und weder Alains Anzug noch die beiden Ehen werden den Abend intakt überstehen…
2011 mit Kate Winslet, Jodie Foster und Christoph Waltz verfilmt, bleibt „Der Gott des Gemetzels“ auch auf der Theaterbühne ein Dauerbrenner. Vier Schauspieler*innen beantworten in Rezas messerscharfen Dialogen und pointierten Wortgefechten die Frage, was am Ende die Oberhand behält: Unser Wille zur Vernunft oder der titelgebende Gott des Gemetzels.

Termine: 15., 21., 30. April, 19. Mai – Schauspielhaus

Hochkomisch und tieftraurig: Tschechows „Onkel Wanja“ neu im Schauspielprogramm

Probenfoto aus "Onkel Wanja"

Foto: Hupfeld

Seit Jahren verwaltet Iwán Petrówitsch Wojnízkij, genannt Onkel Wanja, aufopferungsvoll das Gut seiner inzwischen verstorbenen Schwester. Er finanziert damit Karriere und Stadtleben seines Schwagers, des von ihm verehrten Kunstprofessors Serebrjaków. Unterstützt wird er von seiner Nichte Sonja, die seit Langem für den zynischen Arzt und Naturschützer Astrow schwärmt. Als der Professor in Begleitung seiner zweiten Frau Elena auf dem Gut eintrifft, kommt Bewegung in das eintönige Landleben: Wanja und Astrow verlieben sich in Elena und der Professor entpuppt sich als eitler und egoistischer Hypochonder – der schließlich verkündet, das durch Wanjas und Sonjas Einsatz inzwischen abbezahlte Gut verkaufen zu wollen. Plötzlich steht nicht nur Wanja vor den Scherben seines Lebensentwurfes – alle Beteiligten müssen sich ihren unerfüllten Sehnsüchten stellen…
Zurückgewiesene Liebe, zerstörte Ideale und die Frage nach dem Sinn im Leben: Hochkomisch und tieftraurig, leichtfüßig und existenziell erzählt Tschechow die Dramen ganz normaler Antihelden, denen es nicht gelingt, ihre Wut und Sehnsucht in Aktivität für ein besseres Leben zu transformieren. „Wie soll man leben?“ Inszenieren wird der Londoner Rikki Henry, der im deutschsprachigen Raum bereits mit seinen Shakespeare-Inszenierungen Furore machte. Mit „Onkel Wanja“ stellt er sich erstmals dem Dortmunder Publikum vor.

Termine: 6., 16., 26. April, 20. Mai - Schauspielhaus

Exzentrisch und bunt: „GRM. Brainfuck“ von Sibylle Berg

„Ein Buch wie ein Sprengsatz. Brutal und zärtlich zugleich.“ (Ursula März, Die Zeit)

„GRM. Brainfuck“ ist eine zynische Persiflage auf den Neoliberalismus, ein Manifest für den Widerstand und eine aufrüttelnde Geschichte über Zusammenhalt in einer gewaltvollen Welt. Sechs Schauspieler*innen und drei Musiker*innen stehen auf der Bühne und erzählen die Geschichte von Don, Hannah, Karen und Peter.
Die Geschichte beginnt in Rochdale. Einem trostlosen Kaff in England. Vier jugendliche Außenseiter*innen, die alles verloren haben, finden irgendwie zusammen und machen sich auf nach London. Dort schlagen sie ihre Wurzeln in einer verlassenen Lagerhalle auf und versuchen trotz der immer extremer werdenden Überwachungsdiktatur unerkannt zu (über)leben. Was kann dieses Leben, das nur für die Reichen gedacht ist, für sie bereithalten? In einer benachbarten Lagerhalle treffen sie auf eine Gruppe Hacker*innen und suchen nach Möglichkeiten, ihre Geschichten und die Zukunft selbst mitzuschreiben. Zwischen Racheplänen und dem Selbstfindungsprozess beim Erwachsenwerden sind Don, Hannah, Karen und Peter auf der Suche nach sich und nach Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, die Menschen wie sie systematisch unterdrückt.
Dennis Duszczak inszeniert Sibylle Bergs Bestseller „GRM. Brainfuck“ basierend auf ihrer selbstverfassten Bühnenfassung mit dem Untertitel „Das sogenannte Musical“ exzentrisch, bunt und mit viel Spielfreude! Und natürlich mit Musik. Denn irgendetwas muss der Realität ja entgegengesetzt werden…
Sibylle Berg lebt in Zürich und ihr Werk umfasst 25 Theaterstücke und 14 Romane, übersetzt in über 30 Sprachen. Sie erhielt diverse Preise und Auszeichnungen. Für ihren Roman „GRM. Brainfuck“ wurde sie mit dem Schweizer Buchpreis ausgezeichnet. Vor kurzem ist der zweite Teil der geplanten Trilogie erschienen: „RCE.Remote Code Execution“.
GRM. Brainfuck in der Regie von Dennis Duszczak ist zu „Radikal Jung– das Festival für junge Regie“ 2023 eingeladen.

Termin: 21. Mai - Schauspielhaus

Foto: Hupfeld

Der Tod als Weg, das Leben neu zu gestalten:

„Ewigkeit, Ende und alles, was niemals begann“

Foto: Hupfeld

Als Grabreden, Beerdigungen, Gedanken und Gebete nicht mehr reichen, wenden sich die Nachkommen Kofi und Xo an die Death Doula und Ahnin Shi-Shi. Es braucht einen anderen Weg, um „dieses Ding, das wir Leben nennen, durchzustehen.“

„Ewigkeit, Ende und alles, was nie begann“ ist eine interdisziplinäre Arbeit des Theatermacherinnen-Duos Ta-Nia, um den Tod als einen Weg zu begreifen, das Leben neu zu gestalten. Dabei spiegeln Kofi und Xo die unterschiedliche Art und Weise wider, wie wir versuchen, Trauer zu verarbeiten.

Erzählt in Form eines Rituals, lässt dieses Stück die Grenzen zwischen Figur, Darstellenden und Publikum verschwimmen und fordert uns auf, die Lücke zwischen Traum und Wirklichkeit zu schließen. Ta-Nia sind der festen Überzeugung, dass es Gemeinschaft braucht, um eine Zukunft aufzubauen. Der Kern ihrer Arbeit ist, Erfahrungen zu schaffen, die über die phy¬sischen und zeitlichen Beschränkungen des Theaters hinausgehen. Sie schaffen utopi¬sche Welten und setzen sich kritisch mit dem Hier und Jetzt auseinander, indem sie dem Publikum Möglichkeiten aufzeigen, seine Zukunft und seine Träume zu verwirklichen.

Das Duo **Ta-Nia** sind die Künstlerinnen **Ta**lia Paulette Oliveras und **Nia** Farrell. Sie haben sich dem Ziel verschrieben, die Grenzen des Theaters herauszufordern, um kompromis¬slose Schwarze-Befreiungsräume zu schaffen.

In ihren multidimensionalen Theaterräumen, beeinflusst vom Afrofuturismus, zelebrieren sie das Ritual als kollektives Erlebnis und über¬schreiben die Wirklichkeit. Ta-Nia studierten experimentelle und kollabo¬rative Theaterformen an der Tisch School of the Arts der New York University (Abschluss Studiengang Drama) und sind Preisträger*innen des Stückemarkt Werkauftrags im Rahmen des Theatertreffens 2021 gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung/ bpb.

„Ewigkeit, Ende und alles, was niemals begann“ wurde von Ulrike Syha übersetzt. Für die Ausstattung ist Lan Anh Pham verantwortlich, für das Sounddesign Richard Opoku-Agyemang. Viktoria Göke ist Dramaturgin der Produktion. Auf der Bühne stehen Ruby Commey als Shi-Shi, Simon Olubowale als Kofi und Dena Abay als Xo.

Termine: 25. und 26. April – Studio des Schauspiel Dortmund

Jugendbegegnung "Upcycling + Recycling + Kreativität in der Praxis"

Teilnehmer*innen des internationalen Jugendaustausches in Istanbul

Foto: JUGEND e.V.

Vom 10.-20.03.2023 fand in Istanbul in Kooperation mit dem forum JUGEND e.V. und VMDO e.V. ein großer internationaler Jugendaustausch zum Thema "Upcycling + Recycling + Kreativität in der Praxis" statt. Es haben 60 Teilnehmer:innen aus 6 Ländern teilgenommen: Nordmazedonien, Bulgarien, Rumänien, die Tschechische Republik, Türkei und Deutschland. Das Projekt wurde von Erasmus Plus von der Europäischen Union finanziert.

Die Jugendbegegnung "Upcycling + Recycling + Kreativität in der Praxis" basiert auf Peer-to-Peer-Lernen und praktischen Workshops, die den Teilnehmer:innen und den Jugendlichen vor Ort nicht nur Informationen vermittelt, sondern auch die Möglichkeit bot, ihre praktischen Fähigkeiten zu verbessern, die sie in ihrem täglichen Leben einsetzen zu können. Mit der Jugendbegegnung "Upcycling + Recycling + Kreativität in der Praxis" sollen nach der Jugendbegegnung folgende Ziele erreicht werden:

- Jungen Menschen, auch solchen mit geringeren Möglichkeiten, die Möglichkeit zu geben, praktische Erfahrungen mit Upcycling und Recycling zu machen.
- Junge Menschen mit praktischen Fähigkeiten und Kenntnissen im Bereich Umwelt und Naturschutz auszustatten und zu einer Änderung ihrer Einstellung zur Umwelt und zu umweltfreundlichen Praktiken im Alltag beizutragen
- Einen Raum zu schaffen, der das Lernen von Gleichgesinnten fördert und jungen Menschen die Möglichkeit gibt, ihre Erfahrungen auszutauschen und voneinander sowie von der Arbeit ihrer Organisationen und Praktiken aus ihren Ländern zu lernen
- Jungen Menschen aus der lokalen Gemeinschaft die Möglichkeit zu geben, den internationalen Jugendaustausch durch offene Workshops zu erleben und ihre Neugier auf das Erasmus+ Programm, Peer-to-Peer-Lernen, nicht formale Bildung, Upcycling und Recycling zu fördern
- Junge Menschen zu befähigen, sich proaktiv mit grünen, nachhaltigen Themen auseinanderzusetzen durch internationale Aktivitäten und eine Reihe von Beiträgen in den sozialen Medien und kurzen Videos, die Upcycling und Recycling unter jungen Menschen fördern

Das Projekt "Upcycling + Recycling + Kreativität in der Praxis" soll erhebliche Auswirkungen auf junge Menschen haben, die direkt an dem internationalen Jugendaustausch teilnehmen, oder auf junge Menschen, die an den Folgeaktivitäten in den teilnehmenden Ländern teilnehmen. Diese jungen Menschen sollen in die Lage versetzt werden, Recycling und Upcycling in ihr tägliches Leben zu integrieren. Sie werden über konkrete Schritte informiert, die sie unternehmen können, um ein grüneres Leben zu führen und zur Schaffung eines grüneren und nachhaltigeren Europas beizutragen. Auf der Ebene der teilnehmenden Organisationen wird das Projekt die Schaffung grüner Praktiken und Projekte unterstützen. Die Organisationen werden ihre Fähigkeiten zur Organisation grüner Aktivitäten unter Berücksichtigung von Umwelt und Nachhaltigkeit verbessern. Das Projekt "Upcycling + Recycling + Kreativität in der Praxis" wird folgende Hauptergebnisse bringen: eine interaktive Broschüre mit praktischen Videos über Upcycling und Recycling, einen Leitfaden mit praktischen Tipps für die Organisation umweltfreundlicherer Jugendprojekte auf lokaler und internationaler Ebene.

Voraussetzungen der Teilnehmer:innen der Jugendbegegnung "Upcycling + Recycling + Kreativität in der Praxis":

- Jugendliche im Alter von 18 bis 30 Jahren mit legalem Wohnsitz in den teilnehmenden Ländern; - Starkes Interesse an den Themen des Jugendaustausches: grünes Leben, Recycling, Upcycling, Veränderungen im Alltag
- Motiviert, mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern und mit anderem Hintergrund zusammenzuarbeiten; - Interessiert, ihr Wissen über das Programm Erasmus+ zu erweitern, Erfahrungen mit nicht formaler Bildung zu sammeln und die YouthPass-Kompetenzen kennenzulernen
- In der Lage sein, an allen Projektphasen teilzunehmen (an den vorbereitenden Aktivitäten, an des Jugendaustausches und in der Nachbereitungsphase aktiv mitzuwirken, um ihre Erfahrungen weiterzugeben); - Mit guten Englischkenntnissen
- Bereit, ihre Erfahrungen während und nach der JE weiterzugeben, z.B., durch Folgeaktivitäten und soziale Medien.

forum JUGEND

Aktion 400 Stühle: Gemeinsam gegen Bildungs- und Teilhabebenachteiligung in der Nordstadt!

Donnerstag, 4. Mai 2023 von 10.30 – 12.00 Uhr auf dem Nordmarkt Dortmund

Die Situation

Die Nordstadt als Ankunftsstadtteil übernimmt eine gesamtstädtisch zentrale Funktion als Ankunftsstadtteil. Doch wie sehen hier die Startvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche derzeit aus? Aktuell fehlen in ganz Dortmund knapp 400 Schulplätze, sodass zahlreiche Kinder und Jugendliche unbeschult bleiben. Hiervon sind insbesondere Kinder und Jugendliche aus der Nordstadt betroffen. Über die Versorgungslücken mit Schulplätzen hinaus fehlen ausreichend außerfamiliäre Betreuungsplätze wie in Kitas, der Tagespflege usw. und nicht zuletzt adäquate gesundheitliche Versorgung wie z.B. eine ausreichende Anzahl von Kinderärzt*innen. Die Stadt Dortmund und das Land NRW haben bereits diverse Projekte angeschoben, um dem Mangel entgegenzuwirken. Aber: Die allerorten laufenden Maßnahmen werden noch Jahre andauern und sind wiederum mit zusätzlichen Herausforderungen verbunden.

Die Aktion „400 Stühle“

Um auf diese Missstände aufmerksam zu machen, werden am 4. Mai 2023 Uhr auf dem Nordmarkt 400 Stühle aufgestellt. Die Zahl 400 greift hierbei einerseits die in der Presse genannte Größenordnung in Bezug auf fehlende Schulplätze auf, ist jedoch angesichts ständiger Schwankungen und Entwicklungen eher symbolisch für die vorhandenen Bedarfe zu betrachten. Dies soll einen Anstoß geben, das Thema stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und mit relevanten Akteur*innen und Betroffenen in den Austausch zu kommen.

Die teilnehmenden Akteur*innen aus dem Stadtteil stehen während der Veranstaltung als Ansprechpartner*innen an Infoständen zur Verfügung bzw. bieten Mitmach-Aktionen an, und es gibt kurze Inputs/Redebeiträge, in denen die Thematik aufgegriffen wird. Außerdem werden viele Teilnehmende ihre Botschaften in Form von Plakaten und ähnlichem präsentieren.

Die Aktion findet statt im Rahmen des Forschungsprojekts ReROOT (https://rerootproject.eu), das die Zusammensetzung und die Wirkung ankunftsspezifischer Infrastrukturen in neun europäischen Stadtgebieten – darunter die Dortmunder Nordstadt – untersucht.

Kommen Sie vorbei und unterstützen Sie dieses Anliegen!

Planerladen

Die wichtigsten Asylzahlen 2022

2022 hat Deutschland rund 1,2 Millionen Schutzsuchende aufgenommen – die meisten von ihnen aus der Ukraine. Wer sind sie?

Ende 2022 lebten nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR 28,6 Millionen Menschen als Flüchtlinge außerhalb ihres Landes – das sind 24 Prozent mehr als im Vorjahr. Stärkster Treiber war dabei Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine: Fast acht Millionen Geflüchtete aus der Ukraine wurden in Europa aufgenommen. Von ihnen leben Schätzungen zufolge etwa eine Million Menschen in Deutschland. Darüber hinaus hat Deutschland 2022 rund 200.000 Asylbewerber*innen aus anderen Ländern aufgenommen.

Acht von zehn Schutzsuchenden, die 2022 in Deutschland eingereist sind, kommen aus der Ukraine. Dabei handelt es sich überwiegend um Frauen und Kinder. Darüber hinaus haben etwa 244.000 Personen aus anderen Ländern einen Asylantrag in Deutschland gestellt – rund 218.000 zum ersten Mal. Die meisten von ihnen kommen aus Syrien (70.976 Erstanträge), Afghanistan (36.358), der Türkei (23.938) und dem Irak (15.175). In etwa elf Prozent der Fälle handelte es sich dabei um Kinder von Geflüchteten, die in Deutschland geboren sind. Tatsächlich nach Deutschland eingereist sind also rund 193.000 Schutzsuchende aus anderen Ländern – etwa 58 Prozent mehr als im Vorjahr.

Wie viele haben in Deutschland Schutz erhalten?

Geflüchtete aus der Ukraine müssen in Deutschland keinen Asylantrag stellen. Sie bekommen einen sogenannten vorübergehenden Schutz. Rund 860.000 Menschen haben diesen erhalten beziehungsweise beantragt. Von den Personen aus anderen Ländern, die 2022 einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, haben mehr als die Hälfte einen positiven Bescheid erhalten (rund 128.500 Personen). Rechnet man allerdings die Anträge heraus, die aus formellen Gründen abgelehnt wurden (etwa, weil ein anderer EU-Mitgliedstaat für das Asylverfahren zuständig ist), lag die Schutzquote bei etwa 72 Prozent.

Fabio Ghelli und Jonas Lehnen